

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Der Papst und das Zentrum.

Während der Papst und der deutsche Reichskanzler freundliche Briefe wechseln und der als Schiedsrichter im Karolinenkonflikt mit Spanien angerufene Papst dem Reichskanzler einen hohen Orden verleiht, befinden sich Herr Windthorst und Genossen, die Verfechter der Interessen des römischen Stuhls in Deutschland, gegenüber dem so eben vom Papst decorierten Reichskanzler noch immer in einer entschiedenen Oppositionsstellung. Das erscheint sonderbar; wir haben indessen in den letzten Jahren in Deutschland des Sonderbaren und Ueberraschenden so viel erlebt, daß wir darüber nicht zu erstaunen brauchen, denn diese Situation ist die sonderbarste noch lange nicht, die uns schon vorgekommen.

Aber die Sache giebt zu denken. So etwas kommt nicht von ungefähr und ein Zufall war es sicherlich nicht, daß man den Papst zum Schiedsrichter in der Karolinenangelegenheit gemacht hat.

Wir wissen nicht, ob es wahr ist, was man dieser Tage in mehreren Blättern las, daß nämlich die preussische Regierung ein neues kirchenpolitisches Gesetz vorlegen wolle, und daß der preussische Gesandte in Rom bemüht sei, das Einverständnis des Papstes mit diesem Gesetz zu erreichen!

Wenn das wahr ist, so sehen wir darin einen merkwürdigen und schlaun Versuch, die Zentrumsparthei zu sprengen. Und wenn das Einverständnis des Papstes mit dem neuen Gesetz erzielt werden würde, so wäre die Zentrumsparthei auch gesprengt und zwar für immer.

Denn seine bisherigen Bahnen könnte dann das Zentrum nicht mehr wandeln. Was will Herr Windthorst thun, wenn der heilige Vater dem „Kulturkampf“ ein Ende macht?

Entweder müßte er sich unterwerfen und mit seinen Anhängern die konservativ-liberale Majorität verstärken helfen, die so dringend angestrebt wird. Dann hätte es aber auch ein Ende mit jenen Kulturkampfreden, mit denen man bisher die katholischen Wählermassen in Athem hielt. Herr Windthorst hätte dann die Pflicht, zusammen mit Herrn von Koller, Herrn von Benda und Herrn v. Kardorff den Ruhm des Reichskanzlers zu verkünden und für die Bewilligung aller Anforderungen der Reichsregierung sorgen zu helfen. Wer weiß, ob ihm eine solche Rolle gar so schlecht stünde. Wir wenigstens haben seine Opposition bis zum heutigen Tage niemals für „ladenrein“ gehalten.

Indessen ist auch der Fall denkbar, daß Herr Windthorst sich darüber ärgert, daß über die Köpfe des Zentrums hinweg sich der Papst in freundlichere Beziehungen mit

dem Reichskanzler eingelassen hat. Wird dann die „Kleine Erzellenz“ es wagen, sich auf die Massen allein zu stützen und sich dem Aufgeben des Kulturkampfes zu widersetzen? Das ist auch möglich, wenn auch nicht gerade wahrscheinlich. Die Stellung des bisher so mächtigen Zentrumsführers würde übrigens in diesem Falle eine wesentlich andere werden. Reinenfalls könnte er seine gewohnte Machtstellung behaupten.

Dann läme noch ein bedeutender, vielleicht der bedeutendste Faktor in Frage, die Massen der katholischen resp. ultramontanen Wähler selbst. Man weiß, wie sie von den Führern des Zentrums behandelt worden sind.

„Möglichst wenig Licht!“ lautete die Parole dieser Herren und sie mögen es denn auch fertig gebracht haben, daß es in Hunderttausenden von Köpfen völlig dunkel geblieben ist. Die dem Zentrum ergebene Arbeitervernahmen in ihren Jünglings- und Gesellenvereinen von den Streiffragen, die unsere Welt bewegen, nur so viel, als die Herren Führer für notwendig hielten, und das war herzlich wenig. Man ritt ihnen die alte Geschichte vor, daß nur die Kirche berufen sei, die anderen Fragen zu lösen und pries ihnen vor allen Dingen die „Entsagung“ an gegenüber der Begehrlichkeit des Volks im neunzehnten Jahrhundert. Ob die moderig und anwendenden Lehren der Zentrumsgrößen bei den Arbeitern auf die Dauer vorhalten werden? Das ist kaum anzunehmen. Im Gegentheil sind die Sympathien großer Arbeitermassen für das Zentrum dadurch wach geblieben, daß das Zentrum es verstand, seine Oppositionsstellung mit einem gewissen demokratischen Schein zu umgeben.

Dieser Schein wurde von den Arbeitern für Ernst genommen. Das wird sich zeigen, wenn der Kulturkampf beendet werden sollte. Dann wird man sehen, daß die Massen, die bisher dem Zentrum gefolgt sind, keine Lust haben, ohne Weiteres sich dem Heergefolge der Regierung anzuschließen. Wird der heilige Vater so viel Gewalt über die Massen haben, um ihnen ihre Neigung zur Opposition auszutreiben? Das ist billig zu bezweifeln. Herr Windthorst aber hat diese Gewalt sicherlich noch weniger.

Bei alledem steht fest, daß sich im Schooß des Zentrums Veränderungen vorbereiten. Dem schlesischen und auch dem süddeutschen Adel hat die bisherige Stellung des Zentrums niemals besonders behagt. Die Grafen und Barone waren wohl bereit, in kirchenpolitischen Fragen zu opponieren; allein sonst haßten sie Alles, was auch nur entfernt einen demokratischen Anstrich hatte. Deshalb stimmten sie auch für das Sozialistengesetz. Von den parlamentarischen Vertretern wollen wir aber

weiter gar nicht reden. Draußen in den Provinzen sieht eine Menge kleinen „Schmalabels“ auf seinen Gütchen und bäckt „arme Ritter“; diese Leuten, vom Volke in seiner derben Sprache „Dohsenrafen“ genannt, würden viel lieber ihren Frieden mit den herrschenden Gewalten machen, denn der Kulturkampf bringt ihnen nichts ein und bei ihnen ist weder Verstand noch Muth gewachsen, wohl aber die Hypothekenschuld, die auf ihren Gütern lastet. Diese Leute haben, soweit sie katholisch sind, dem Zentrum Heerfolge geleistet, aber keine Seide dabei gesponnen. Höhere Kornzölle, Entlastung des Grundbesitzes, das ist ihre Parole; aber wird ihnen Herr Windthorst dies gewähren wollen und können? Nun, diese Herren gehen sicherlich lieber mit dem Papst als mit Herrn Windthorst, und sie wollen gewiß lieber zu einträglichen Staatsämtern gelangen, als draußen schmollend Kulturkampf treiben.

Diese so verschiedenen Elemente hat bisher der Kulturkampf zusammengehalten; sowie dieser beendet wird, so thut die in der Zentrumsparthei verborgen liegende Zentrifugalkraft ihre Wirkung und die Parthei zersplittert. Ihr einer Theil wird die neu zu bildende Regierungsmajorität verstärken, der andere sich zur Linken schlagen.

Debauern wir das? Nun, uns ist es gleichgiltig. Wir haben am Bestande des Zentrums, dieser mittelalterlichen und reaktionären Parthei, kein Interesse. Zeigt sie sich in ihrer wahren Gestalt, so dient das zur Klärung. Das Volk wird dann über den Ultramontanismus eben so klar sein, wie über Liberalismus und Konservatismus. Und das wird gut sein.

Politische Uebersicht.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde wiederum einmal die alte Rosinante der Innungen geritten. Es handelte sich um den Befähigungsnachweis der Handwerksmeister und um den Buntstzwang. Mit mittelalterlicher Begeisterung erletterten die Abgeordneten Ademann und Loren die Rosinante und kämpften mit stumpfer Wanz gegen den Zeitgeist. Besonders der letztere Abgeordnete sprach mit einem Pathos für die Innungen, die er als echt germanische Institutionen bezeichnete, daß man dabei aus jedem Knaopfloche des begeisterten Redners das spöttisch-lächelnde Gesicht des Knappen Sancho hervorlockern zu sehen vermeinte. — Dem Herrn Ademann war es sichtbar unangenehm, daß seine Ausführungen durch spöttische Zwischenrufe der Sozialdemokraten begleitet wurden. Er hoffte dennoch, daß die Sozialdemokratie sich ernsthaft an den Beratungen über seinen

„Wer ist mein Vater, Mann, sprechen Sie, sehen Sie denn nicht, daß Sie mich auf die Folter spannen?“

„Nur ruhig, mein liebes Fräulein, Sie werden ja Alles erfahren,“ entgegnete er verschmüht lächelnd, „aber Sie werden begreifen, daß ich eine solche Sache nicht so ohne Weiteres preisgebe. Sie kennen ja meine Verhältnisse, ich bin kein reicher Mann, und unter den heutigen Umständen muß ein Jeder sehen, wie er am besten durchkommt.“

„Ich verstehe Sie nicht, Sie können doch nicht etwa darauf rechnen, daß ich Ihnen eine große Summe für Ihre Mittheilungen zahle. Sie wissen doch, daß ich arm bin.“

„Im Gegentheil, mein Fräulein, Sie sind reich, Sie können über ein großartiges Vermögen verfügen, wenn Sie nur wollen,“ sagte der Direktor.

„Was sagen Sie, mein Vater wäre reich, und er hätte sich niemals um seine Kinder gekümmert?“

„Es ist so, wie ich Ihnen sage.“

Martha schüttelte den Kopf, sie ließ den Arm des Direktors los und setzte sich resignirt auf den Stuhl.

„Ich kann das, was Sie da sagen, nicht glauben,“ sagte sie. „So kann ein Mensch nicht handeln, jedes Thier hat Zuneigung zu seinen Jungen, und nur der Mensch allein sollte jedes natürliche Gefühl verleugnen können? Wenn mein Vater heute arm, elend und verlassen gewesen wäre, so würde ich mit Freuden für ihn sorgen, ich würde es ihm verzeihen können, daß er mich hat in Schande versinken lassen, heute jedoch, wo ich erfahren, daß mein Vater sehr wohl in der Lage war, wenigstens mich vor dem Entsetzlichsten, was einem Weibe begegnen kann, zu schützen, heute ersahst mich ein Grauen vor diesem Menschen, soviel Herzlosigkeit, soviel Unnatur hätte ich auf der Welt gar nicht vermuthet. Wenn ich bedenke, was ich gelitten habe, welchem entsetzlichen Schicksal ich ausgesetzt gewesen bin, so möchte ich verzeihen, wenn ich daran denke, daß es einen Menschen auf der Welt gab, dessen heiligste Pflicht es gewesen ist, mich zu bewahren, mich wenigstens nicht gänzlich sinken zu lassen.“

Feuilleton.

Dunkle Gestalten.

Erzählung aus dem sozialen Leben der Gegenwart von Karl Zelle. [19

„Mir ist die Sache zu geheimnißvoll,“ sagte Mutter Weber nach einer längeren Pause, „ich hätte am liebsten mit derselben gar nichts zu thun.“

„Das glaube ich Dir, das ist Deine gewöhnliche Handlungsweise. Sobald etwas gefährlich ist, ziehst Du vorsichtiger Weise den Kopf aus der Schlinge, wenn ich aber irgend etwas erreiche, dann möchtest Du den Löwenanteil haben. Sage mir lieber Deine Meinung offen und ehrlich, ob ich das Mädchen von den unvermutheten Verhältnissen in Kenntnis setzen soll.“

„Reinetwegen,“ entgegnete die Frau, „ich habe nichts dagegen einzuwenden.“

„Dann werde ich es thun,“ sagte der Direktor entschlossen. Man hatte während der ganzen Unterredung von oben immer das gedämpfte Klavierspiel und Gesang gehört. Jetzt verstummte das Geräusch, der Klavierspieler hatte eine Pause eintreten lassen. Der Direktor benutzte dieselbe, um nach oben zu gehen.

„Fräulein Martha,“ sagte er, in die Thür tretend, mit einer gewissen Freierlichkeit, die ihm sonst fremd war, „ich möchte Sie bitten, einmal herab zu kommen, ich habe mit Ihnen einige Worte zu sprechen.“

„Mit mir?“ entgegnete das junge Mädchen erstaunt, „ich komme sogleich, Herr Direktor.“

Mutter Weber hatte unten inzwischen den Tisch abgemischt, sie empfand eine merkwürdige Scheu vor dem jungen Mädchen. Sie hatte es seit jenem unheimlichen Austritt stets vermieden, mit Martha persönlich zusammen zu treffen, ihr war eine dunkle Erinnerung geblieben, daß sie sich in Gegenwart des jungen Mädchens recht unpassend benommen hatte.

Martha setzte sich möglichst entfernt von der Frau auf einen Stuhl, den ihr der Direktor freimachte. Sie blickte erwartungsvoll auf die beiden Personen, selbst der Direktor schien sich zunächst zu scheuen, das Wort zu ergreifen.

„Mein Fräulein“, begann er endlich mit jener kriechenden Freundlichkeit, welche geldgierigen Personen reichen Leuten gegenüber eigenthümlich ist, „ich hatte mir vorhin die Freiheit genommen, Sie um Ihre persönlichen Verhältnisse zu befragen. Ich habe das nicht etwa aus Neugierde gethan, sondern weil mich ein unerklärliches Interesse zu Ihnen hingog.“

„Es ist gut, Herr Direktor“, erwiderte Martha bescheiden, die unangenehme Freundlichkeit des Direktors war ihr unheimlich, „ich habe Ihnen die Aufschlüsse ja ganz gern gegeben, ich habe in dieser Beziehung keine Geheimnisse.“

„Ganz recht, Fräulein, es ist das ein Zeichen Ihres edlen Charakters.“

Der Direktor rieb sich die Hände, er schien nicht recht zu wissen, wie er die Sache anfangen sollte.

„Sie sagten vorhin, Fräulein“, nahm er das Gespräch wieder auf, „daß Ihnen die Person Ihres Herrn Vaters unbekannt sei.“

„Ich bin ein uneheliches Kind“, sagte Martha gelassen, „wie oft soll ich Ihnen das wiederholen?“

„Um es kurz zu machen,“ entgegnete der Direktor, „ich kenne Ihren Vater!“

„Sie kennen meinen Vater?“ rief das junge Mädchen aufspringend.

Sie ergriff den Arm des Direktors und hielt ihn krampfhaft fest.

„Gewiß, liebes Fräulein, und wenn Sie mir ruhig zuhören, sollen Sie denselben auch erfahren. Ich kann Ihnen sogar noch mehr mittheilen, ich weiß, wo sich Ihr Bruder befindet, und wenn Sie es wünschen, können Sie denselben sehen, und wir können ja dann Alle zusammen Ihrem Vater unsere Aufmerksamkeit machen.“

Martha hatte den Arm des Direktors nicht losgelassen. Sie sah ihm starr ins Gesicht, auf seine Worte schien sie weiter garnicht zu achten.

Antrag beistimmen würde. Das wird ja auch wahrscheinlich geschehen, aber wie wir hier schon konstatieren können, in vernünftigem Sinne. — Der freisinnige Abg. Dr. Baumbach bestieg nun die Innungstribüne, natürlich nicht in der Absicht, dieselbe als edles Roß dem hochverehrlichen Publikum vorzuführen, sondern um das Alter und die lahmen Tendenzen des Thieres zu zeigen. Nach einem halbstündigen Ritte waren dem Klepper einige Rippen zerbrochen, die in etwas längerer Behandlung der gütlichen Abgeordnete Biehl aus Bayern wieder zu heilen versuchte. Daß ihm die Heilung nicht gelang, ist selbstverständlich. Doch beruhigte sich die Innungstribüne wieder. Bei der etwas wässrigeren Rede des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Meyer, der sich zwar gegen die Kunstbestrebungen der Herren Katermann, Vohren und Biehl aussprach, aber in recht schonender Weise. Es sei bemerkt, daß in dieser reaktionären Frage die Majorität sich zusammensetzen wird aus den beiden konservativen Parteien und dem Centrum, während in der Polenfrage die Konservativen mit den Nationalliberalen gehen. Die Sozialdemokraten stehen in beiden Fragen auf dem Standpunkte der Freiheit. — Das eben nationalliberal beruhigte donquixotische Streiftrio bestieg nunmehr der ultramontane Kaplan Hise und feuerte das edle Thier zu neuem Sprunge an. Er redete nichts Neues — er bemerkte, daß die Rüste ihre Berechtigung gehabt hätten, ornate aber nicht nachweisen, daß dieselben noch Berechtigung haben. Das von ca. 50 Mitgliedern besuchte hohe Haus gab dem Redner keine Beianlassung, durch besondere Aufmerksamkeit zu einem Pathos zu bestimmen, den er vorzuzureiten sich bestrehte. — Nunmehr beschäftigte sich der Abgeordnete Grillenberger überaus kräftig und eingehend mit dem abgetriebenen Kunstthier, so daß es in kurzer Zeit ätzend zusammenbrach. — Herr von Kleist-Nezow, der klassische Repräsentant des Mittelalters, versuchte zum Schluß zwar die edle Kofnante aufzurichten, aber es gelang ihm nicht trotz seiner zärtlichen Schwüre, die an die Adresse seiner heiligeliebten Dulcinea von Tobosa, der Reaktion, gerichtet waren — denn todt ist todt!

Der Antrag auf Verlängerung des Sozialistengesetzes ist nach der „Nat.-Lib. Korresp.“ nunmehr dem Bundesrathe zugegangen. Änderungen an dem Gesetze sollen, mit Ausnahme der Bestimmung über die Geltungsdauer, nicht vorgeschlagen sein.

Eine scharfe Anklage gegen das Sozialistengesetz. Der Geheime Regierungsrath und Professor Dr. B. Böhmer veröffentlicht in seiner „Sozial-Korrespondenz“ einen Artikel über Arbeitervereine und Vereinstatuten, in welchem es wörtlich heißt: „Das Sozialistengesetz hat die Aufhebung einer großen Zahl von Arbeitervereinen zur Folge gehabt. Die Ursache des Einschreitens wider die letzteren bildete natürlich der sozialdemokratische Charakter derselben und von diesem Standpunkte läßt sich nichts gegen die getroffene Maßregel sagen. Sieht man nun aber von den sozialdemokratischen Bestrebungen ab, so ist zuzugestehen, daß in manchen jener Vereine ein werthvolles bildendes und erzieherisches Element für den Arbeiterstand lag. Die Mitglieder fanden hier kleinere oder größere Bibliotheken und Lesezimmer vor; nicht ganz selten waren Unterrichtskurse mit den Vereinen verbunden, häufig wurden regelmäßige Vorträge, und zwar keineswegs immer parteipolitischen Inhalts, von Mitgliedern wie von außerhalb herangezogenen Kräften gehalten. Für den Ausfall dieser seit 1878 unterdrückten Vereinigungen hat sich nur ganz ausnahmsweise ein Ersatz gebildet. Das Vereinswesen unserer Arbeiter nach jener Zeit hat vielmehr die Richtung genommen, daß lediglich die leidenschaftlichen Anhänger der Sozialdemokratie in mehr oder minder versteckten Konventikeln zusammenhalten, auf welche letzteren der eigentliche Zusammenhang der Partei beruht, von wo aus die Wahlen geleitet werden u. s. w. Die große Masse des sozialdemokratischen wie nicht sozialdemokratischen gesinnigen Arbeiters standes dagegen entbehrt seitdem fast vollständig der Vereinsbildungen. Wenn man an Stelle der somit entfallenden Lücke einen Gewinn in anderer Richtung, namentlich einen engeren Anschluß des Arbeiters an die Häuslichkeit, eine Förderung des Familienlebens beobachtet hätte, so wäre hier gewiß keinerlei Verlust zu beklagen. Aber das ist nicht hier der Fall. Wir glauben vielmehr zu der Behauptung berechtigt zu sein, daß die Neigung zum Wirthshausbesuch und dergleichen im Arbeiterstande in Folge jenes Umstandes vielfach begünstigt worden ist. So viele Männer jugendlichen Alters, die Tags über schwere körperliche Arbeit verrichten müssen, wissen gar nicht, wie sie die Abende nützlich

und gestillt verbringen sollen. Dabeiin sitzen mögen und können sie nicht. Womit hätten sie sich auch dort zu beschäftigen, da es ihnen gewöhnlich an einem warmen Zimmer, an geistiger Lektüre und sonstiger Anregung fehlt. Sie wollen Menschen um sich sehen, und die finden sie nur in der Kneipe. Was sie solchergestalt als Unverheiratete beginnen, wird oft genug auch nach Gründung einer eigenen Familie fortgesetzt. — Wir haben diesen Ausführungen absolut nichts hinzuzufügen.

„Stehen Sie fest, Durchlaucht, möge Gott Ihnen für jede Seele lohnen, welche durch das Branntweinmonopol dem Branntweinteufel abgerungen wird,“ so heißt es in dem „Kreisblatt für Schlächtern“ in einem offenen Briefe an den Fürsten Bismarck. — Der offene Brief ist zwar unzeichnet, „ein besessener Landmann“, rührt aber augenscheinlich von einem Pastor her. Komisch ist, daß der Verfasser auf der einen Seite durch das Monopol die Seelen dem Branntweinteufel abringen will, auf der anderen Seite verkündigt, daß, wenn das Monopol nicht kommt, die ganze Spiritusfabrikation zu Grunde gehen muß und in Folge dessen alles jetzt zu Spiritus Verwandte als Profrucht verkauft werden müßte. Wenn die letztere Ansicht richtig wäre, so gäbe es ja kein sicheres Mittel, die armen Seelen vom Teufel zu retten, als gerade die Verhinderung des Monopols.

In der Polendeckelung im Abgeordnetenhaus bemerkt die „Frankf. Bzg.“: „Gegen die Polen“ — das war das Titelstück des Antrages Adenbach, der Inhalt aber war: „gegen die Reichstagsmehrheit!“ ... Das preussische Abgeordnetenhaus soll mobil gemacht werden gegen den deutschen Reichstag, angeblich wegen seines Votums in der Ausweisungssache, in Wirklichkeit aber wegen Widerstandes, den er der Bismarckschen Politik auf anderen Gebieten entgegensetzt oder androht. Um der Polen willen allein würde sich der Reichskanzler der Dienste des Herrn Miquel schwerlich bedient haben, er hat wohl auch an andere Dinge dabei gedacht, insbesondere an das Branntweinmonopol, das ja auch der „Obstruktionspolitik“ der jetzigen Reichstagsmehrheit erliegen wird. — Die „Bos. Bzg.“ berichtet über die Vorgänge in der ersten Sitzung: „Der größte Theil der Freikonserativen und der Nationalliberalen, also des eigentlichen Kerns der „Mittelpartei“, erhob sich bei dem Eintreten des Kanzlers ehrsüchtig von den Sitzen, um sich noch ehrsüchtiger zu verneigen und so der Freude darüber Ausdruck zu geben, daß der Reichskanzler sie gewürdigt, in ihrer Mitte zu erscheinen. Bisher hatte diese Form der Ehrfurchtsbezeugung in parlamentarischen Versammlungen nur bei Verlesungen von Rundgedingen der Krone Verkommen gewonnen, zum Zeichen, daß die Stelle, der sie gilt, über den Parteien steht.“

Auf Grund des Sozialistengesetzes verbietet die königl. Regierung zu Düsseldorf die nicht periodische Druckschrift: „Woll der Arbeit ausgewacht! Bürger! Arbeiter! Handwerker! Raum daß der Sozialismus in Düsseldorf an Bedeutung gewonnen hat.“ Verlag von Franz Horn, Kölnstraße 74 in Düsseldorf, Druck von R. Ernst in München. — Ferner wird unter Berufung auf dieses Gesetz die nicht periodische Druckschrift: „Sozialdemokratische Bibliothek III. Die Zukunft der Sozialdemokratie. Von J. Diezgen. Neuer Abdruck mit einem Vorwort und Nachtrag. Hottelings-Büch. Verlag der Volksbuchhandlung, 1885“, von der königl. Regierung zu Düsseldorf verboten.

Am 19. sächsischen Wahlkreise ist der deutschfreisinnige Herr Uhlmann zu Gunsten des nationalliberalen Herrn Niehammer, der sich stets, wie die „Frei. Bzg.“ sagt, durch geschickte Bekämpfung der freisinnigen Partei hervorgehoben hat, zurückgetreten. Herr Niehammer soll deshalb für die freisinnige Partei unannehmbar sein. Wie reimt sich aber mit dieser Behauptung der Rücktritt des deutschfreisinnigen Kandidaten zusammen. Oder sollte Herr Uhlmann zu Gunsten des sozialistischen und nicht des nationalliberalen Kandidaten zurückgetreten sein? — Im Uebrigen aber sollen die Aktien der sozialdemokratischen Partei im 19. sächsischen Wahlkreise in fortwährendem Steigen begriffen sein.

Aus Schleswig-Holstein, 27. Januar, wird dem „Frankf. Journal“ geschrieben: Es liegt nunmehr der erste Fall vor, in dem die Ausweisung eines amerikanischen Unterthanen in Wirklichkeit perfekt geworden ist. Wie bereits mitgeteilt, war dem Maschinenfabrikanten Hans Jessen zu Nordburg der Befehl erteilt, das preussische Staatsgebiet vor dem 23. Januar zu verlassen. Jessen weigerte sich, dieser Ordre nachzukommen und wurde in Folge dessen in seinem Hause verhaftet und unter polizeilicher Eskorte via Sonderburg, Flensburg, Bandrup über die dänische Grenze gebracht. Von dem Rechtsbeistand des Ausgewiesenen wurde der amerikanische Gesandte in Berlin über die Verhaftung u. s. in Kenntniß gesetzt. — Die Regierung zu Schleswig hat neuerdings zwei Schweden, einen Norweger, einen Dänen und dessen Frau, „weil lästig gefallen“, ausgewiesen.

Die Sozialdemokraten im sächsischen Landtage haben unter der Motivierung, daß die sogenannten „Vagabunden“ meist Unglückliche sind, die gern arbeiten möchten,

aber keine Arbeit finden, für einen Staatszuschuß von 800 Mark zur Errichtung der Arbeiterkolonie Schredengrün gestimmt. Es war den Privatamtlungen nämlich nicht gelungen, die genügenden Mittel aufzubringen. Der Abg. Biehl hielt die Begründung für gerechtfertigt.

Aus Bayern. Im bayerischen Reichsrath brachte bei dem Etat des Ministeriums des Innern Konrad Preysing die Wahl des Sozialdemokraten von Pöllmar zur Sprache. Habe sich die Regierung, wenn er nicht glaube, überraschen lassen, so könne er versichern, daß ihm eine derartige Ueberraschung in der Umgebung des Schlosses nicht passiren könnte. Er hoffe, so schloß der Redner, daß früher oder später eine Korrektur getroffen werde gegen über den Elementen, welche die Verfassung der Reichsrath der Zukunft des Königthums seien. Der amnestirte Minister des Innern antwortete nicht und der Gegenstand wurde verlassen. — Vor dem vereinigten I. u. III. Ausschusse der Reichsrathskammer wurde in Anwesenheit von 11 Mitgliedern über den Antrag des Referenten Reichsminister v. Neumayr hinsichtlich des von der Kammer angenommenen Antrages Kopp zum russisch-bayerischen Auslieferungsgesetze verhandelt. Herr v. Neumayr beantragt, diesem Antrage Krone zu erlösen, den russisch-bayerischen Auslieferungstrag nach dem Muster der selbigen Auslieferungsgesetze unter besonderer Berücksichtigung der anarchistischen Verbrechen umgestalten zu lassen, die Zustimmung wegen Inkompetenz des Landtags zu versagen. In der Debatte fragte Herr Ludwig, der präsumtive Thronfolger, den Minister des Reichs Freiherrn von Crailsheim, ob und wie weit dem Auslieferungstrag auch rückwirkende Kraft einzuräumen sei, worauf der Minister erwiderte, daß die Beantwortung dieser Frage von der Beschaffenheit des einzelnen Falles abhängt. Der Präsident des Reichsraths, der kaiserliche Reichstagsabgeordnete v. Franckenstein, äußerte in der Debatte einige Bedenken über den Inhalt des Auslieferungsgesetzes, ohne jedoch den Antrag des Referenten entgegenzutreten. Der Antrag des Referenten wurde einstimmig genehmigt. — In der Abgeordnetenkammer wurde der Antrag von 69 Abgeordneten auf Herabsetzung der Schulspflicht mit 69 gegen 64 Stimmen angenommen. (1.) Dafür stimmten Reichsminister v. Reindl, Kuppert, Seeburger, Preysing und des Konservativen Lohardt.

Aus den Balkanländern liegen verschiedene Mittheilungen vor, aus welchen hervorgeht, daß es zwischen der Türkei und dem Bulgarenfürsten bald zu einer Einigung kommen dürfte. Dieselbe soll angeblich auf folgender Grundlage beruhen: Der Fürst wird Gouverneur von Ostrumelien, erben lebenslanglich und erblich. Von der Türkei werden Kommandanten für die ostrumelische Miliz und Gendarmen ernannt, sind aber dem Fürsten untergeordnet; die Beziehungen zwischen Bulgarien und Ostrumelien wird aufgehoben, Statut für Ostrumelien in unionistischem Sinne abgeändert. Im Kriegsfalle stellt Bulgarien ein Hilfscorps von 100 Mann der Türkei zur Verfügung. Bulgarien zahlt Steuern und übernimmt einen Schuldanteil für Ostrumelien. Ostrumelien von Burgas erhält eine türkische Garnison unter dem Befehl des Fürsten. Man befürchtet, daß Rußland letztere Bestimmung opponiren wird. Die Porte hat das Verlangen Alexanders auf Vereinigung der bulgarischen mit den rumelischen Truppen zu einem Heereskörper noch nicht genehmigt. Bezüglich des Friedensschlusses zwischen Serbien und Bulgarien liegen keine wesentlichen Nachrichten vor. — Das griechische Ministerium hat sich dahin erklärt, es werde dem Willen Europas folgen; es werde zurückerufen, jedoch die Geschäfte einstellen noch fortführen. — Die griechische Flotte ist bereits vor einigen Tagen ausgelaufen und glaubte allgemein, sie werde sich nach Kreta begeben, da Insel schon lange das Ziel griechischer Sehnsucht ist. In dessen hat sich das englische Mittelmeer-Schwadron nach hin begeben; die griechische Flotte ist aber bis jetzt noch in Sicht gekommen und es gewinnt daher den Anschein, daß dieselbe nur ausgelaufen ist, um einer eventuellen Mission zu entgehen. Nach obiger Erklärung der griechischen Flotte wäre die Aktion vorläufig überhaupt ausgegeben.

Belgien.

Aus Brüssel meldet man: Der Afrilareisende Dr. Braxa hat bei seinem hiesigen Aufenthalt sich dem Kongress der Kongregation und Berichterstatter gegenüber sehr über die Lage am Kongo ausgesprochen. Der Unterredner ist absolut steril und sein Klima tödtlich. Der Oberkongos hat gegen, da er fruchtbar und produktiv ist, eine Zukunft, wie der Kongo selbst. Von einer Kolonisation durch Belgier kann gar keine Rede sein; eine Masseneinwanderung würde sogar das Unternehmen gefährden. Das Land, das für die Eingeborenen geschaffen sei, könne nur durch die Kolonisten nützt werden. Die Eingeborenen an den Küsten seien Weißen wohlgesinnter als im Innern, wo man sie mehr Feinde betrachte; der Weiße müsse mehr Diplomat als Soldat sein und vor Allem keine Gewalt! (Bravo!) Die Aufgabe des Kongo staats sei die Anlegung der Straßen, die Organisa-

„Ja, es ist schlimm,“ sagte der Direktor, aber wie die That-sachen heute einmal liegen, würde ich Ihnen doch anrathen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, und von dem, was sich Ihnen bietet, Gebrauch zu machen.“

„Und wer bürgt Ihnen dafür, daß sich mein Vater heute meiner oder vielmehr unserer, da es sich doch auch um meinen Bruder handelt, annehmen wird, nachdem er uns soziale Jahre vernachlässigt hat?“

„Ich glaube dafür eine Garantie übernehmen zu können,“ sagte der Herr Direktor, „denn erstens wird es von Ihnen abhängen, wie Sie sich mit Ihrem Herrn Vater stellen werden, und ich glaube, daß Ihnen das Leben soviel praktische Klugheit beigebracht haben wird, daß Sie sich nicht mit ganz bestimmten Forderungen herauszutreten geniren werden. Sollte der Herr jedoch wider Erwarten sich Ihren Wünschen nicht geneigt zeigen, nun, so würde ich einen Skandal in Szene setzen, daß sich die ganze Reichshauptstadt wundern sollte. So etwas fürchten diese Herren nämlich außerordentlich.“

„Wir ist Alles gleichgiltig,“ sagte Mattha, „ich habe ja niemals darauf gerechnet, meinen Vater kennen zu lernen, und nach dem, was Sie mir da sagen, scheint es mir in der That besser zu sein, ich lerne ihn nie kennen. Aber,“ fügte sie lebhafter hinzu, „sagen will ich es ihm doch, wie er an seinen Kindern gehandelt hat, Rechenschaft will ich auch von ihm fordern!“

Ihre Augen blühten, stürmisch wogte ihr Busen auf und nieder.

„So ist es recht Fräulein,“ sagte der Direktor schmeichelnd, „so gefallen Sie mir. Ich habe es mir gleich gedacht, daß Sie schließlich doch noch auf das einzig Richtige kommen würden. Wir hätten nur noch etwas Geschäftliches zu regeln. Sie würden von Ihrem Vater doch entschieden eine Summe fordern, die Ihr zukünftiges Leben vollständig sicher stellen würde. Wollen Sie mir einen Revers ausstellen, daß die Hälfte dieser Summe mir gehört? Ich denke, es ist nicht unbillig, und Sie dürfen von Ihrem Vater fordern, was Sie wollen. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß er Ihnen nichts abschlagen

soll. Wenn Sie selbst mit Ihrer Forderung nicht heraustreten wollen, so würde ich sehr gern bereit sein, die ganze Sache zu regeln. Frau,“ wandte er sich an Mutter Weber, „bring' einmal Dinte und Feder her.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Im „Deutschen Theater“ wird heute, Sonntag, „Nathan der Weise“, morgen, Montag, „Das Käthchen von Heilbronn“ und Dienstag, „Romeo und Julia“ gegeben. Am nächsten Sonntag, 6. Februar, geht „Die Lorelei“, Trauerspiel in 5 Aufzügen von Adolph Arronge zum ersten Mal in Szene. Am Donnerstag vorher, 4. Februar, wird „Der Weg zum Herzen“ aufgeführt, entsprechend der an anderen großen Bühnen bestehenden und vom „Deutschen Theater“ bereits bei früherer Gelegenheit übernommenen Sitte, der ersten Aufführung einer Novität das letzte auf dem Repertoire befindliche Stück desselben Autors vorausgehen zu lassen. Im Uebrigen bringt das Repertoire dieser Woche noch je eine Wiederholung von „Nathan der Weise“ und „Der Bureaulrat“.

Belle-Alliance-Theater. Mit der heutigen Darstellung des Rentier Birkenstock in dem Lustspiel „Der Hypochonder“ verabschiedet sich Meister Ledrun von der Bühne seiner 18jährigen Thätigkeit. Schon die letzten Vorstellungen haben dem scheidenden Künstler gezeigt, in wie hoher Gunst er bei dem Berliner Publikum steht und wie groß die Zahl seiner Verehrer ist und so wird es auch wohl bei der heutigen Vorstellung an Ovationen aller Art nicht fehlen.

Im Volksstädtischen Theater herrscht auf der Bühne eine fleißige Thätigkeit. Die Proben zu der Ausstattungsbüchse „Abracadabra“ sind in vollem Gange, und Schauspieler, Sänger, Tänzerinnen u. s. w. bilden ein Chaos, das sich unter der Leitung des Direktors Fixmans allmählich zu einem harmonischen Bilde abklärt. Die Bühnentechniker bringen die Maschinen an Ort und Stelle, die bestimmt sind, die grandiosen scenischen Effekte zu vermitteln und eine komplette Schneiderwerkstatt ist mit der Herstellung der zahlreichen neuen Kostüme beschäftigt. Die neue Aera des Volksstädtischen Theaters dürfte somit in glänzendster Weise inaugurirt werden.

Von „Rafaela“ muß heute im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater die letzte Sonntagsvorstellung stattfinden, die Freitag die Premiere vom „Zigeunerbaron“ bestimmt ist. Ganz kann demnach Wolf's Operette noch mit 5 Vorstellungen zur Ausführung gelangen, da deren Einfügung in das Repertoire des Belle-Alliance-Theaters, welches Montag mit Orpheus in der Unterwelt, Freitag mit „Zigeunerbaron“, und der anderen ständigen Repertoirestücke, Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters.

Einem Uebereinkommen zufolge, welches zwischen dem Projekt des Aufführungsrecht des Zigeunerbarons und dem Vertreter des Herrn Kommissionsrath Großkopf die das erstinstanzliche, zu Gunsten des Komponisten gefällte Urtheil, eingereichte Berufung zurückgezogen, so daß der Projekt im Vergleichswege erledigt ist.

Projekirtes Repertoire der Königlich-Schauspielhaus vom 31. Januar bis 7. Februar 1888. Im Opernhaus am Sonntag, den 31.: Die Hochzeit des Figaro; Montag, den 1. Februar: Lohengrin (Herr Niemann); Dienstag, den 2. Februar: Der Trompeter von Säckingen; Mittwoch, den 3.: Die Frau von Orleans; Donnerstag, den 4.: Elektra; Freitag, den 5.: Der Barbier von Sevilla, Wiener Walzer; Samstag, den 6.: Der Widerspenstigen Zähmung; Sonntag, den 7.: Lannhäuser. — Im Schauspielhaus: Montag, den 31.: König Richard III.; Dienstag, den 1. Februar: Die Verurtheilung; Mittwoch, den 2.: Fiesko; Donnerstag, den 3.: Der Wirth von Prag; Freitag, den 4.: Tili; Samstag, den 5., auf Befehl des Königs: Was ihr wollt; Sonntag, den 6., zum 1. Male: Tili; Montag, den 7.: Der Störenfried.

Eine viel besuchte Sehenswürdigkeit ist das Panorama in der Passage. Ueberraschend schöne Naturansichten in einer wunderbaren Plastik stehen daselbst an den Augen der Beschauer vorüber. In dieser Woche gelangt ein Kallus: das Südliche Frankreich zum ersten Male zum ersten Male durch Thüringen zur Ausstellung.

Ein überaus interessanter Fund ist kürzlich in der Nähe von Alexandrien durch Middemas Bey, den Obersten der ägyptischen Kistenwache, bei Gelegenheit eines Auszuges gegen Tabaksmuggler gemacht worden. Es ist eine riesige Statue aus rothem Granit; die Stelle, wo sie gefunden worden, liegt mitten in der Sandwüste, ungefähr zehn Meilen von der Hauptstadt entfernt. Die Bildsäule stellt ein müthlich den berühmten Pharaon vor, welcher die Leben

fassung ein und entwickelt seine Ansicht dahin, daß sich die bekannte Erklärung des Fürsten Bismarck nicht als authentische Interpretation des Günstigen der gegnerischen Seite verwenden lasse, daß der Fürst vielmehr auf die durch Nichtfestsetzung von Strafen für Diätenannahme bestehende Lücke im Gesetz habe hinweisen wollen. — Präsident: Sie haben und hier politische Gesichtspunkte vorgetragen, aber wir haben hier nicht über politische, sondern nur über privatrechtliche Verhältnisse zu urtheilen. Wenn Sie uns hier ein Rechtsgeschäft konstruieren wollen, so müssen Sie uns doch auch die Kontrahenten nachweisen. Ist denn überhaupt hier eine „Zahlung“ erfolgt? Letztere ist doch immer nur die Lösung einer vorhergegangenen Verbindlichkeit. Hat denn nun ein Vertrag stattgefunden, und ist Kräder eine Verpflichtung eingegangen? Und wo steht der unzulässige, „nicht ehrbare“ Zweck? Der Zweck war doch wohl nur der, Kräder in den Stand zu setzen, in Berlin zu leben. Wo liegt da das „Privatgeschäft“? — J. A. Kaupisch: Hiernach scheinen Sie, Herr Präsident, die Vorlage eines bezahl. Vertrags zu verlangen. — Präsi.: Allerdings. — J. A. Kaupisch: Nun, ich behaupte, daß Kräder das Mandat nur unter der Bedingung, daß er Diäten bekomme, angenommen hat. — Präsi.: Mit wem ist er denn nun diese Verpflichtung eingegangen? — J. A. Kaupisch: Nun, mit den Parteileitern und dem betr. Komitee. — Präsi.: Geben Sie uns doch Namen und treffende Beweismittel, mit allgemeinen Behauptungen können wir in solcher Sache nichts machen. — J. A. Kaupisch: So beantrage ich die Vernehmung von Bebel, Liebknecht, Rittinghausen, Singer (dieser gehörte in der betr. Periode noch garnicht dem Reichstag an), Spindler (dem Vernehmen nach in England), Frische und Haselmann (beide längst in Amerika). — Hierauf ergreift das Wort der Mandatar Kräder's, H. A. Heilberg, ausführend, daß die Reichsverfassung nur die öffentlichen rechtlichen Verhältnisse der Abgeordneten regelt; nur in dieser Beziehung welche sie von den Einzelstaatsverfassungen ab; sie verjage den Abgeordneten Diäten aus öffentlichen Kassen, sei es aus denen des Reichs oder der Einzelstaaten. Deshalb war der Zusatz „aus öffentlichen Mitteln“ in der Reichsverfassung unnötig. „Entschädigung“ im Gegensatz zu „Besoldung“ bedeutet eine einmalige oder aber nach dem wirklichen Schaden berechnete Vergütung und Gegenlag zu regelmäßigen unter sich gleichen Bezügen. Das Wort „bezahlen“ ferner — es ist nicht das weitergehende Wort „annehmen“ gewählt — verwendet der Sprachgebrauch nur in Bezug auf regelmäßige Einnahmen, auf welche der Empfänger ein Recht hat. Die Parteidiäten sind aber im Rechtsinne „liberale“ Zuwendungen. Die Annahme der Diäten enthalten noch kein Geschäft und sodann könnten die privatrechtlichen Vorschriften des § 172 A. L. R., also eines preussischen Gesetzes nicht anwendbar sein auf ein Verbotsgesetz des öffentlichen Rechts des Reichs. Gegenseitig sei auf ein Vertrags- oder Verhältniß hingewiesen worden, es sei aber doch erst festzustellen, ob Kräder ein Recht auf Diäten und andererseits die Verpflichtung hatte, im Sinne der Partei zu wirken. Und was will denn die Bezugnahme auf

die „Partei“ sagen; ist denn dieselbe immer einig? Thatsächlich haben seitens der Parteivertreter über dieselbe Frage schon mehrfach entgegengelegte Bestimmungen stattgefunden, und müßte hiernach ein Theil die Diäten behalten, der andere aber herauszahlen. Wenn mit der Diätenannahme ein Abhängigkeitsverhältniß angenommen werden sollte, dann müßte letzteres bei allen den Abgeordneten obwalten, die aus Staatsmitteln Diäten von der Regierung erhalten. Das Herrenhaus erhält allerdings keine Diäten, aber es ist doch zu beachten, daß die Regierung selbst verschiedene Kommunen durch Zwangsmittel dazu angehalten hat, Fonds in ihren Etat zu stellen, um daraus ihren Herrenhausmitgliedern Diäten zu zahlen. Viele Kommunen hatten dies schon viele Jahre vorher aus eigener Initiative gethan. Soll denn überhaupt nur der Geldsack im Parlament liegen und nicht auch Fleiß und Intelligenz? Wenn die Regierung so sehr von der Begründung eines Abhängigkeitsverhältnisses durch Diäten überzeugt war, so hätte sie doch schon im eigenen Interesse 1867 die Diäten einführen sollen. Und sei denn der Satz von 4 Mark 50 Ctg., der durchschnittlich an die sozialdemokratischen Vertreter gezahlt worden, so verlockend gewesen, um sie in den Dienst der Parteien zu ziehen; haben sie dabei einen „Gewinn“ gemacht, der „nicht ehrbar“ im Sinne des Landrechts ist? Ist denn das ein unzulässiger oder „nicht ehrbarer“ Zweck, wenn Jemand im Sinne der Partei wirkt? Des Fürsten Bismarck Interpretation in Bezug auf § 32 ist authentisch und maßgebend; er sagte, daß die Regierung ohne strafrechtliche Unterlage nur denen etwas verbieten könne, denen sie etwas zu befehlen habe. Redner beantragt Abweisung der Klage. Nach längerer Berathung beschließt der Reichstag die Beweisaufnahme darüber, ob der Inhalt der eingebrachten Druckfachen mit den auf dem Gothaer Sozialistenkongreß stattgehabten Verhandlungen, Beschlüssen und Protokollen übereinstimme, ferner Vernehmung von Bebel, Liebknecht, Rittinghausen, Singer, Spindler, Frische und Haselmann darüber, ob auf dem Gothaer Kongreß beschloffen wurde, daß nur an Abgeordnete, die im Parteizentrum zu stimmen sich verpflichteten, Diäten gezahlt werden sollen, und ferner, ob Kräder den Betrag von 1818 Mark wirklich erhalten. Der Mandatar des Klägers hat die Wohnung der von ihm vorgelegenen hier genannten Zeugen binnen 14 Tagen anzugeben. — Der Verhandlung wohnten der Abg. Kräder und viele Angehörige der sozialdemokratischen Partei aus Breslau bei.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Von Herrn S. Wolther, Dresdenerstraße 38, erhalten wir folgende Schreiben, dem wir, um auch den anderen Theil zu Worte kommen zu lassen, Raum gewähren. Herr Wolther schreibt: In Ihrem geschätzten Blatte haben Sie schon mehrfach Flugblätter abgedruckt, die von der Lohn-Kommission der Berliner Metallarbeiter herausgegeben, sich auf einen in meiner Werkstatt ausgebrochenen Streik bezogen, die jedoch zum Theil der Wahrheit nicht entsprachen. Ich darf nun wohl hoffen,

daß Sie auch mir einmal das Wort zur Klarlegung der Sache erlauben werden. Der Streik entwickelte sich folgendermaßen: Am Montag, den 9. November 1885, blieben die bei uns beschäftigten Arbeiter plötzlich weg. Kurz vor Mittag erstattete eine Kommission, welche erklärte: die Arbeiter wollten nur dann wieder aufgenommen werden, wenn ich auf ihre Arbeiten eine Zulage von 10 pCt. gewähre. Hierzu ist zu merken, daß zu dieser Zeit der Wochenverdienst der bei uns beschäftigten Arbeiter bei zehnstündiger Arbeitszeit sich 33 bis 45 Mk., im höchsten Falle 47.20 Mk. belief; während der Durchschnittsverdienst derjenigen vier Arbeiter, welche ganze Jahr bei mir arbeiteten, sich pro Woche wie folgt: 33.65, 33.00, 32.74, 32.25. Ich berief mich der Kommission gegenüber auf diesen Verdienst, der doch wohl schwerlich als Streik rechtfertigt, um so weniger, da, wie man mir ausstimmte, in Berlin bei keinem Meister dieser Branche ein Lohn, wohl aber ein in vielen Fällen bedeutend geringerer gezahlt werde. Trotzdem die Kommission dies zugab, verweigerte sie bei ihrer Forderung, so daß ich mich gezwungen sah, wiederum: „Wenn Sie durchaus wollen, muß ich Ihnen die Zulage gewähren, denn Sie haben augenblicklich die Macht. Sie wissen, die Zeiten ändern sich; wundern Sie sich also, wenn ich meine Macht benutzen werde, Ihnen Ihren heutigen Lohn wieder abzunehmen.“ Worauf mir die Kommission antwortete: „Wir werden schon dafür sorgen, daß wir die Macht behalten.“ Ist befinden wir uns nun in der schlechtesten Geschäftsverhältnisse, so habe ich denn am Sonnabend, den 16. d. M., den bei uns beschäftigten Arbeitern mitgetheilt, daß ich vom nächsten Sonntag ab den Zuschlag von 10 pCt. nicht mehr zahlen und sie bis zu dem bis her gezahlte Zuschlag zurückgezahlt sei, noch 10 pCt. abziehen werde. Dann könnten sie wieder zu den alten Preisen, bei denen der oben angeführte Verdienst erzielt ist, weiter arbeiten. Diejenigen, welche genügt unter diesen Bedingungen weiter zu arbeiten, wollten sich aber nicht zu lange besinnen, denn bei dem heutigen Geschäftsgang könne ich nicht mehr viel beschäftigen. Aber schon am Montag, bei der ersten Unterredung habe ich erklärt, daß ich nichts dagegen habe, daß die Arbeiter wieder anfangen, wenn sie sich in die vorherige wenige Arbeit theilen wollen, (wie sie dies bisher schon gethan haben) und sich den Abzug gefallen lassen. Dienstag habe ich meine Forderung dahin abgeändert, daß auf jene Arbeit, auf welche der Zuschlag erfolgt sei, die ich erstrecke. Dies ergiebt ja allerdings auf einzelnen 20 pCt. aber im Durchschnitt sind es nur 8 1/2 pCt., sollte dieser Abzug auch nur vorübergehend sein. Ich habe ich andere Arbeiter annehmen müssen, könnte ich selbst wenn die früheren Arbeiter, (was aber durch den Fall ist), auf meine Forderungen eingingen, die ich mehr sämtlich annehmen, weil ich keinen Platz mehr und auch keinen Grund, die eben angenommenen entlassen.

Theater.

Sonntag, den 31. Januar.
Oberhaus. Die Hochzeit des Figaro, Oper in 4 Akten mit Tanz von Beaumarchais.
— Morgen: Lobengrin, romantische Oper in 3 Akten von R. Wagner.
Schauspielhaus. König Richard der Dritte.
— Morgen: Till, Lustspiel in 4 Akten von Francis Stahl.
Deutsches Theater. Nathan der Weise.
— Morgen: Das Mädchen von Heilbronn.
Ballner-Theater. Sammet und Seide, Lustspiel in 4 Akten von Oscar Blumenthal.
— Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Residenz-Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn). — Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Beau-Alliance-Theater. Der Hypochonder, Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser. — Morgen: Orpheus in der Unterwelt.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Rafta, Operette in 3 Akten von Max Wolf. — Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Walhalla-Theater. Ramsell Angot, die Tochter der Halle. — Morgen: Don Cesar.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter. — Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Königsstädtisches Theater. Martha. — Morgen: Der Troubadour.
Victoria-Theater. Zum 6. Male: Däumling. — Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Ostend-Theater. Das Loos der Armen. — Morgen: Dieselbe Vorstellung.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.
Zum 2. Male:
Der Brandstifter.
Schauspiel mit Gesang in 6 Akten nach dem Französischen des d'Ardenne von H. Sebald.
Vor der Vorstellung:
Gr. Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Bons haben Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.
Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama.
In dieser Woche: Thüringen.
Zum ersten Male: Das südl. Frankreich. Gertha-Heise. Karolinen-Inseln u. Eine Reise 20 Pf. Kinder nur 10 Pf. Abonnem.

Wachtung! H. F. Dinslage, Rottbuserstraße 4, Hof part. Rein Laden, nur eigene Fabrikation. 25 Cigaretten 1 Mark. Garantie rein amerikanischer Tabak. Rippentafel 2 Pfd. 70 Pf. 348

G. Richter's Restaurant,

Rottbuserstraße 2,
empfehlend der gebrachten Nachbarschaft seine Lokalitäten zum geeigneten Besuch. Sonntags und Mittwochs Frei-Konzert. Musikant von Weiß- und Bairisch-Bier, Speisen a la carte zu billigen Preisen.
Zu gleicher Zeit empfehle ich meinen Saal den gebrachten Vereinen zur Abhaltung von Festlichkeiten, Versammlungen u. s. w. Vereinszimmer mit und ohne Piano, zu 25-30 Personen, geeignet für Klubs oder Gesangsvereine, 5 1/2 Meter hoch. Um geeigneten Zuspruch bittet
490
Aktionssoll Georg Richter.

Neu G. Sadtke, Admiralstr. 38
Künstliche Bouillon von 10 Uhr ab a 15 Pf.
Mittags (Hausmannsloft) a 50 Pf. mit Bier.
Abendlich nach Belieben. Billig und fräftig. 1347

Große Auswahl in
Mäskel-Garderobe
zu billigen Preisen. Anzüge schon von 1 R. an.
R. Klose, Reichenbergerstr. 167.

F. Ruhnke, Uhren-Fabrik,
Berlin S., Dresdenerstr. 30,
empfehlend alle Arten Uhren, Ketten, Schlüssel, Goldwaaren etc.
Spezialität:
Regulatoren
1. Qualität. 186
Werke in den geschmackvollsten Mustern zu Fabrikpreisen unter 5 jähr. reeller Garantie. Teilzahlung ohne Preiserhöhung gestattet. Reparaturen gut und billig.

Elegante Mäskel-Garderoben
für Herren und Damen zu billigen Preisen. 1252
W. Christopel, Rottbuserstr. 3.

Prinzenstr. 53.

Winter-Paletots!!
Herren- und Anabenanzüge sowie Damenkleider u. Mädel im Tuchgeschäft
Prinzenstr. 53, gegenüber d. Karthause.
Theilzahlungen gestattet!

Allen Freunden und Bekannten, sowie den Mitgliedern des „Arbeiter-Bez. Verein für den Osten“ und des „Arbeiter-Vereins Hoffnung“ empfehle mein
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.
Herrn. Gismald, Frankfurter Allee 143.
Meine Destillations-, Bier-, Frühstücks- und Billardstube, sowie Jagendoster u. helles Lagerbier a Glas 10 Pf. empfehle bestens.
A. Barthel.
Rottbuser Damm 58 (Herrmann-Platz 4). 473

Staatlich concessionirte
Deutsche Kunstgewerbe-Lotterie.
Ziehung in Berlin am 24., 25., 26. Februar 1886.
5000 Gewinne im Gesamtverthe von
62,900 Mark.
Erster Hauptgewinn: Salon, Speisezimmer, Schlafzimmer.
Zweiter Hauptgewinn: Wohnzimmer, Schlafzimmer.
Dritter Hauptgewinn: Rococo-Salon.
Vierter Hauptgewinn: Altdentsche Trinkstube u. s. w.
Loose à 1 Mark sind zu beziehen durch den General-Debit von
R. Schumacher, Berlin C., Königsstr. 14a
Wiederverkäufer erhalten beste Bedingungen.
Ausstellung der Gewinne Leipzigerstr. 107.
Jedes Loos berechtigt zum freien Eintritt

Die von Mitgliedern des Fachvereins der Schneider
gegründete
Produktiv-u. Rohstoffgenossenschaft der Schneider
zu Berlin (E. G.)
No. 30. Zimmer-Strasse No. 30.
empfehlend ihr Lager fertiger Herren-Garderobe, sowie ihr reichhaltiges Lager in- und ausländischer Stoffe, ebenfalls Futter, Vorne und Knöpfe.
Herren-Garderoben
jeder Art werden nach Maß angefertigt.
Reelle Arbeit. — Dauerhafte Stoffe. — Feste Preise.
Der Vorstand und Verwaltungsrath.

August Herold
Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112
Möbel-, Spiegel- u. Polsterw.-Magazin
Eigene Fabrik. Solide Preise. Prompte Bedienung.
Elegante Masken-Garderobe
Fr. Panknin,
Oranienstr. 178, v. U. Ede Adalbertstr.
Damen- Mädel hocheleg. Herbst 50 M. Mantilla, u. Sopha, 30 Pf., Kleiderstoffe, b. Qual., 20 Pf., 75 Pf., Tepp. u. Steppd. 4 R., Waaren. Lindenstr. 68, 1. Abends geöffnet.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

37. Sitzung vom 30. Januar, 12 Uhr.
Am Bundesratsstische: Ministerialdirektor Vosse, Geh. Rath Vohmann.

Zur Verabreichung sieht der Antrag Ackermann und Genossen die Einführung des Befähigungsnachweises in Verbindung mit dem Antrag Graf Behr und Lohren, betreffend die Heranziehung der Richtungsmeister und Gesellen zu den Wohlfahrts-Einrichtungen und Kassen der Innungen.

Abg. Ackermann: Die liberale Gewerbegesetzgebung hatte das Band gelockert, das Hunderttausende junger Arbeiter in Pflicht und Sittlichkeit umfasste; sie hatte dem Handwerk den Boden entzogen und damit der Sozialdemokratie in die Hände gearbeitet. Dem sind wir entgegengetreten. Aber das bisher Bekannte ist nur Pflasterarbeit, so lange die Innungen nicht anerkannte Organe sind. Die Berufsvereinigungen sind nicht mit Zwangsrechten aus, den Innungen aber verlagert man sie immer noch. Man hat gefragt, warum wir jetzt noch nicht mit dem Antrage auf Einführung von Zwangsinnungen gekommen sind. Wir werden damit kommen zur rechten Zeit (Aha! links), wenn auch in den Handwerkerkreisen volles Verständnis für diese Frage ausgegangen ist. Wenn wir jetzt Elemente in die Innungen bringen, die nicht von denselben wissen wollen, so werden sie die Tätigkeit derselben nur lähmen. Unser schrittweises Vorgehen wird wesentlich auch die verbündeten Regierungen veranlassen, mit uns zu gehen. Wenn sich Kaiser Bismarck als Bundesratspräsident 1853 einmal abfällig über die Frankfurter Innungen ausgesprochen hat, so beweist das nichts gegen unsere jetzigen Bestrebungen. Unser heutiger Antrag will den Innungen Rechte verschaffen, wie sie die österreichische Gewerbeordnung zur vollen Zufriedenheit der dortigen Gewerbetreibenden eingeführt hat. Sie will nicht die Konkurrenz, sondern das Befähigungsnachweis beseitigen. Wenn die Sozialdemokratie, die das Handwerk für todt erklärt, nichts von unseren Anträgen wissen will, finde ich das erklärlich. Aber alle anderen Parteien bitte ich, in eine ernsthafte Prüfung derselben einzutreten.

Abg. Lohren erklärt sich gegen den Antrag Ackermann, der eine Rückkehr zu den alten Meisterprüfungen mit ihren Mißbräuchen und Ungerechtigkeiten bedeutet. Gerade diese Prüfungen haben den Widerwillen gegen die Innungen hervorgerufen. Der Antrag Ackermann wird Hunderttausenden von Arbeitern den Weg zur Selbstständigkeit abschneiden. Er wird nicht die Prüfungen, sondern die Armen fernhalten, welche die Kosten für die Meisterprüfungen und den Meisterschmaus nicht erlegen können.

Abg. Baumhach hebt hervor, daß auch die gegenwärtige Gesetzgebung für einzelne Erwerbszweige den Befähigungsnachweis erforderlich macht. Es läßt sich sogar darüber reden, ob derselbe nicht auch auf das Bauhandwerk ausgedehnt ist. Aber der Antrag Ackermann will die Ausnahme zur Regel machen. Es heißt, daß die Mehrzahl der Handwerker mit dem Vorgehen der Herren Ackermann und Genossen sympathisire. Aber was spricht der nur mäßige Besuch der großen Handwerker- und Innungstage in Köln und Berlin. Die Vorgänge, die sich jetzt in Oesterreich abspielen, sollten uns von einer Nachahmung der dortigen Gewerbegesetzgebung abstreifen, wie sie der Antrag Ackermann enthält. Die Abgrenzungen der einzelnen Gewerbe werden dort zur Folge gehabt, daß ein Zimmerer angeklagt wurde, weil er ein Sarg angefertigt; ein Steinmetz, weil er die Buchstaben einer Grabchrift vergoldet u. s. w. Mit Bestimmungen, wie sie der Antrag Ackermann enthält, erschwert man nur intelligenten jungen Leuten den Eintritt in das Handwerk. Einer geordneten Gedankenpolitik, welche auf die Stärkung der individuellen Kraft und Leistungsfähigkeit des Handwerkers hinausläuft, wird auch die liberale Seite des Hauses nicht abwesend, aber niemals Bestrebungen, die wahrhaft antiliberal sind. (Beifall links.)

Abg. Biehl (Zentrum) bezeichnet es als einen Mißschritt, daß endlich allgemein ein Nothstand des Handwerks anerkannt wird. Die Leistungen der Handwerker, der Buchbinder u. s. w. beweisen nichts gegen denselben. Man gehe einmal in die Keller, wo die Handwerker wohnen, und dann wird man die richtige Auffassung von dem Handwerk bekommen. Der Niedergang desselben datirt seit der Einführung der schrankenlosen Gewerbefreiheit.

Berliner Sonntagsplauderei.

R. C. Zwischen der Wiege und dem Sarge, den beiden Werksteinen unseres irdischen Daseins, liegt die Stimmurde, eine der qualvollsten Erregungszustände der Neuzeit. Das Wählen sängt immer von vorne an; kaum ist der letzte Kandidat dem Blick entschwunden, werden schon die Umrisse seines Nachfolgers am Horizont sichtbar. Und an dem mit diesem Treiben verknüpften Leide schreiten wir achlos vorüber.

Ran denke sich die letzte Sitzung eines Kollegiums, beispielsweise das des Berliner Magistrats. Wie elegisch sind die betreffenden oder richtig gesagt die Betroffenen gemittelt! Wäre es erlaubt, Profanes mit Heiligem zu vergleichen, so möchte man an die letzten Augenblicke eines Sterbenden erinnern; er lebt noch, aber seine Stunden sind gezählt, und hat ihn das Bewußtsein nicht verlassen, so hört er das Schluchsen der Zurückbleibenden.

Zwölf lange Jahre als Stadtrath! Das ist eine ordentliche Arbeitsperiode, und man gewöhnt sich so leicht an eine schöne Position. Die, welche auf die Wiederwahl nicht rechnen dürfen, räumen so emsig auf, als hätten sie die Prüfung als Studienmädchen mit Nummer Eins bestanden; ihr Schubfach wird genau durchsucht und durchforscht, damit der Amtsnachfolger nicht etwa hinter ein solches Geheimniß gerathe.

In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde die Wahl von zwei neuen Stadträthen vollzogen. Der Titel Stadtrath hat etwas Verlockendes, so zu sagen berausches, und namentlich auf ein empfindliches Damenherz muß das Wort „Stadtrathin“ immer von geradezu hinterschiebender Wirkung sein. Und dennoch konnte der Eine von den beiden Kandidaten seiner harrenden Frau Gemahlin nicht den neuen Titel ins Haus bringen, das Schicksal wollte es nicht, mit 49 gegen 50 Stimmen fiel er durch.

Die Stadtverordneten sind grausam, sie kennen das Sagen und Bangen in schwebender Pein nicht. Das Gefühl mitleidigen Erbarmens scheint ihnen fremd zu sein.

Gegen die Verletzung der Rechte juristischer Personen an die Innungsverbände ist nichts einzuwenden; aber die Hauptsache wird doch bleiben eine gründliche Revision der Gewerbeordnung. § 100b derselben hat, wie Klagen aus Preußen ergeben, eine sehr ungleichmäßige Auslegung erfahren.

Geh. Ober-Regierungsrath Vohmann bestreitet, daß die preussische Regierung die ihr nach § 100b der Gewerbeordnung übertragenen Befugnisse willkürlich oder ungleichmäßig ausgeübt habe. Nur ein einziger Beschwerdefall ist zur Kenntniß der Zentralstelle gelangt.

Abg. Meyer (Zentrum) glaubt, daß das ewige Rütteln an der bestehenden Gesetzgebung nicht zum Segen des Handwerks gereiche. Wenn die Entwicklung des Innungswesens bis jetzt so geringe Fortschritte gemacht hat, so ist das diesem Umstand zuzuschreiben. Die jetzige Gewerbefreiheit ist weder schrankenlos, noch ein Produkt der liberalen Gesetzgebung.

Abg. Gize spricht sich für den Antrag Ackermann aus. Nur in der Innung ist die technische und sittliche Ausbildung des Handwerkers möglich, die für eine gedeihliche Entwicklung des Handwerks selbst nöthig ist. Mit dem Rufe „Zwangsinnung“ sucht man die Gemüther zu verirren. Aber das kann uns umweniger von unseren Forderungen abbringen, als die Handwerker sich in ihrer großen Mehrzahl auf unsere Seite gestellt haben.

Abg. Grillenberger erklärt sich gegen den Antrag Ackermann. Man will den Befähigungsnachweis einführen. Wer aber nimmt zuvor die Prüfung der jetzt einzuführenden Prüfungsmeister ab? Dieselbe wird nöthig sein, da der größere Theil derselben in der Zeit des Pflasterthums groß geworden ist, und gerade unter ihnen dürften der Pflasterer nicht wenige sein. Nur weil sich ein großer Theil der jetzigen Meister unglücklich fühlt, weil er beforcht ist vor einer intelligenten Konkurrenz, wird der Ruf nach Einführung des Befähigungsnachweises erhoben, der das Pflasterthum nicht beseitigen, sondern schütten soll. (Sehr richtig, links.) Das Beispiel Oesterreich zeigt, wohin Bestimmungen führen, wie sie der Antrag Ackermann uns bringen will. Dort ist derselbe Krieg unter den einzelnen Gewerbezweigen ausgebrochen. Der Antrag Lohren ist beachtenswerth; die sozialdemokratische Partei wird deshalb für Bezeichnung derselben an die Arbeiterschule-Untersuchungskommission stimmen.

Abg. Papellier hebt hervor, daß in Bayern der größere Theil der Bevölkerung mit der jetzigen Gewerbegesetzgebung durchaus zufrieden sei. Er bitte deshalb, den Antrag Ackermann abzulehnen, der geradezu zu einem Unglück für das Handwerk werden würde. Derselbe richtet sich gegen den Schwachen, den Besten. Wir haben den Kulturkampf. Hüte wir denselben nicht noch einen Handwerkerkampf hinzu.

Nachdem als Antragsteller die Abgg. v. Kleis, Reyzow und v. Rein haben in einem Schlusswort gegen die Einwendungen gegen die von ihnen eingebrachten Anträge polemisiert hatten, werden dieselben an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Unfallversicherung für Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter.)

Abgeordnetenhause.

10. Sitzung vom 30. Januar, 11 Uhr.
Am Ministerische v. Puttkamer, v. Boetticher, v. Bronsart. Die Tribünen sind überfüllt.

Die Verhandlung über die Anträge Achenbach, Windthorst u. s. w. wird fortgesetzt.

Abg. v. Liedenmann: Die gestrigen Reden der Herren v. Stadelwoll und Windthorst bieten mir nur eine sehr dünne Angriffsfläche. Der erstere führte uns die polnische Phrasologie vor, die wir stereotyp in den Blättern und Vereinen der Polen hören, dieser merkwürdigen Nation, deren berechtigter Eigenthümlichkeit es ist, immer himmelhoch jauchend oder zum Tode betrübt zu sein und die, wie jedes Blatt ihrer Geschichte lehrt, in keiner Frage maßhalten versteht. Was soll ich Herrn v. S. daraus antworten? Soll ich den Mund noch voller nehmen als er? Ich darf wohl auf jede Erwiderung verzichten. (Zustimmung rechts. Vahen im Zentrum.) Anders steht die Sache mit Herrn Windthorst, obwohl er mehr als je die dürftige Grundlage seiner Deduktionen durch möglichst gesteigerte Kraftausdrücke zu verstärken suchte. Natürlich ist es in seinen Augen um einen Bundesstaat, in dem ein übermächtiger Einfluß, wie der Preußens herrscht, schlecht bestellt. Denn

Ein verschollener Schriftsteller pflegte, wenn ihn beim Abschluß eines Romans mitunter die Lust anwandte, die Heirat des Helden durch einen Mord zu verhindern, seine ihm gegenüber Strümpfe stückende Frau darüber zu konsultiren. „August, ich bitte Dich, gieb sie doch zusammen!“ rief dann mit nassen Wimpern seine Gefährtin und August willfahrte.

Sieht diese schlichte Erzählung unseren Stadtverordneten nicht zu denken? Lohnt in der ganzen Stadtverordnet-Benennung nicht eine solche versöhnende Stimme?

Es ist zu bedauern, daß Niemand diesen hartherzigen Leuten ins Gewissen redet. Trotzdem aber können wir dieselben nicht ganz und gar verurtheilen. Wenn sie auch Liebe und Milde nicht kennen, so ist ihnen die Dankbarkeit doch nicht ganz fremd geblieben.

Einer von ihnen wenigstens erinnerte sich wehmüthiger Weise der schönen Stunden, die der „Kollege“ Biedenbach, als noch die goldene Kette seinen Hals schmückte, den anderen Kollegen bereitet hatte. Wahrscheinlich aus Erkenntlichkeit hierfür vereinigte er seine Stimme auf den glorreichen Bürger Wilhelm Biedenbach. Ein einstimmig gewählter Stadtrath, wie ihn Berlin noch nicht gesehen hat. Leider aber erhält man mit solcher Einstimmigkeit den Posten nicht.

Dem Menschenfreund jedoch muß es mit wahrhafter Befriedigung erfüllen, wenn er sieht, daß Tugend und Heroismus immer noch ihren Lohn finden. Man hat den großen Mann doch noch nicht gänzlich vergessen. Wer kann es wissen, wer der hochherzige Mann ist, der seine Stimme für den Antisemitenführer abgegeben hat? Niemand.

Aber außerdem wird er noch in anderer Weise geehrt. Der Deutsche Antisemitenbund, eine der schönsten Errungenschaften des neunzehnten Jahrhunderts, hat ihm die lebenslängliche Ehrenpräsidentschaft der edlen Verbindung übertragen. Ist das nicht Lohn genug für eine langjährige, hingebende Thätigkeit. Es muß ein grandioses Bewußt-

wenn es gelänge, Preußen zu zerbröckeln, so wäre für Herrn Windthorst's Politik jedenfalls ein wichtiger Theil gewonnen. (Sehr richtig! rechts.) Seine Behauptung, daß die Katholiken im preussischen Zivil- und Militärdienst nicht avancirten, daß die katholischen Offiziere an der Majoratskassen scheitern, gehört für den, der die preussische Armee kennt, zu den Dingen, die kurze Beine haben. Aber wenn er das preussische Regiment in der Provinz Posen mit der französischen Fremdherrschaft im Anfang dieses Jahrhunderts zusammenstellt, so ist das wohl in der Verletzung deutsch-nationaler Gefühle so ziemlich das Stärkste, was geleistet werden kann. (Sehr richtig! rechts.) Abg. Windthorst: Das habe ich nicht gesagt! Das haben Sie gesagt, Herr Abg. Windthorst! Sie haben ausdrücklich die polnische Insurrektion oder vielmehr das Festhalten der polnischen Nation an ihren Bestrebungen mit dem Festhalten der Deutschen an den ibrigen zur Zeit der französischen Fremdherrschaft im Anfang des Jahrhunderts verglichen. (Auf im Zentrum: Nein!) Wer vor einer solchen Parallele nicht zurückerschreit, dem ist im keinen Parteilager des Tages jedes Verständniß, jede Empfindung für den Ernst der Aufgaben und Fragen, um die es sich hier handelt, abhanden gekommen, und er kann sich leicht zu der ungeheuerlichen Behauptung des Herrn Windthorst versteigen, das Großmann-Rothwälsche Rezept habe die polnischen Insurrektionen von 1846 und 1848 veranlaßt. In Wahrheit handelt es sich dort um den tausendjährigen Kampf um die Herrschaft von Deutschen und Polen im Gebiete zwischen Elbe und Weichsel. Ich schließe mit der Erklärung: wir wollen die Polen nicht zu Deutschen machen, aber uns nicht von dem Boden verdrängen lassen, den wir in jahrhundertlangen Kämpfen mit dem Schwert und der Flugschaar erworben haben. Wir wollen nach wie vor in den östlichen Marken unseres Staates deutsche Sitten und Kultur pflanzen und säen und wenn die Kolonisation in der großartigen Weise wieder aufgenommen wird, wie sie vom Ministerialrat angehängt worden ist, dann hoffe ich — ob auch wir es erleben, das steht in Gottes Hand — daß unsere Kinder und Kindeskinde in den östlichen Provinzen eine Sicherheit und Rechtsordnung finden werden, wie in allen ibrigen, die unter dem Scepter der Hohenzollern vereinigt sind. (Beifall rechts.)

Abg. Ricker: Der letzte Appell des Vorredners war überflüssig. Darüber, daß wir Deutsche uns durch die polnischen Staatsbürger nicht aus unseren Grenzen verdrängen lassen dürfen, ist kein Streit. Aber das Wunderbare ist: Sie weichen vom Kern der Sache, der zur Diskussion steht, immer aus. (Sehr richtig! links.) Der Vertreter der Nationalliberalen behauptete, daß der Reichskanzler sich vom Reichstage zurückziehen und sich in diesen friedlicheren Räumen mehr niederlassen würde, um „bessere Geschäfte zu machen“, wie der Reichskanzler sagte (Heiterkeit), die deutsche Nation werde den fortwährenden Widerstand der jetzigen Reichstagsmajorität gegen die Reichsregierung, zumal in dieser „nationalen“ Frage, brechen. Es ist noch nicht lange her, daß von nationalliberaler Seite so gesprochen wird. Was ist denn national? Was der Reichskanzler nicht allein, sondern auch was die Herren Cameracius und v. Egnern so nennen? Noch niemals ist mit einem Wort ein größerer Mißbrauch getrieben als jetzt. (Sehr wahr! links.) Wer das nicht anerkennt, was Sie national nennen, den muß die deutsche Nation vernichten. (Sehr richtig.) Bekanntlich nennen die Ossiäcker das Branntweinmonopol auch national. Was meinen Sie, würde der Kanzler nicht gegen dieses die Ausweisungen eintauschen, wenn man von ihm verlangte, daß er nur die Västigen und Gefährlichen ausweisen soll? (Sehr gut! links.) Haben denn die Nationalliberalen der „nationalen“ Finanzpolitik des Kanzlers Widerstand geleistet? 1879 haben Sie einstimmig die 130 Millionen abgelehnt, 1885 die neuen 50 Millionen. Auch Sie haben dem Reichskanzler in nationalen Fragen einen unterantwortlichen Widerstand geleistet. Jetzt allerdings sind Sie so ziemlich zu der neuen nationalen Finanz- und Wirthschaftspolitik bekehrt, welche die größten Steuerlasten auf die schwächsten Schultern, die des arbeitenden Volkes, legt. Der Mann, der eine Nachfülle hat, wie kein Staatsmann in diesem Jahrhundert, klagt über die Majorität des Reichstags. Was soll man im Ausland dazu sagen? Noch nie ist ein Minister weniger widersprochen, ist ein solcher mehr von der Nation und der Volkvertretung anerkannt worden, als der Kanzler. (Oh! rechts.) Ist nicht im Volk die Redensart ständig, die wir immer bekämpfen müssen: „Geh! Euch doch keine Nähe, Bismarck erreicht ja doch alles, was er will.“ (Sehr wahr! links.)

fein sein, eine Stimme als Stadtrath zu erhalten, und Ehrenpräsident des Deutschen Antisemitenbundes zu sein. Dem gegenüber schweigt die Opposition, vereint muß sie in den Ruf einstimmen: „Ehre, wem Ehre gebührt!“

Kleine Mittheilungen.

Hannover, 29. Januar. In eine schauerliche Situation geriet gestern Nachmittag der Dekorationsmaler August Raymann, während er in einem in der Marienstr. 5 belegenen Fleischerladen mit Malerarbeiten beschäftigt war. Die von ihm benutzte hohe Leiter glitt auf dem Fußboden ab, und Raymann kam im Herabfallen mit dem rechten Arm auf die Spitze eines zum Aufhängen größerer Fleischstücke bestimmten eisernen Hakens; diese Spitze drang ihm oberhalb des Handgelenks zwischen den beiden Knochen durch den Arm und hielt den Körper längere Zeit in der Schwebe, da die allein anwesende Ehefrau des Schlächtermeisters Sch., als sie durch das Geräusch der R. herbeigerufen wurde, nicht im Stande war, mit ihren schwachen Kräften Hilfe zu leisten. Sie mußte erst einen Mann herbeiholen, der den Haken von der Schwinge, an der er festgeschraubt war, löste, worauf man denselben erst aus dem Arme herauszog. Ein in der Nähe wohnender Arzt war bald zur Stelle und legte den ersten Verband an, worauf man den Verunglückten mittelst Drochse nach seiner in der Baumstraße belegenen Wohnung schaffte.

Wiesbaden, 28. Januar. Nach einer heute bei der königl. Staatsanwaltschaft hier eingetroffenen Depesche ist der vierte der Räder des Reniners Christian Schneider in Rüssbach-Biedrich ebenfalls in Darmstadt festgenommen worden. Die bereits in Haft befindlichen drei Männer haben ein umfassendes Geständniß abgelegt.

Wien, 28. Januar. Der Wasserstand des Marosflusses im Aladar Komitat ist im raschen Sinken begriffen und die Gefahr von den schwer bedrohten Orten Eppa und Rabna abgewendet. Die gestohlenen Bewohner lebren zurück.

Freisprechung. In Paris wurde ein Arbeiter Dard, der seinen Arbeitgeber mit einem Revolver tödtete, weil derselbe ihm seine Frau verführt hatte, unter Bravourschuß der Jury freigesprochen.

links.) Sollte dieser mächtige Mann unter Fraktionen zu Grunde gehen? Sollte er zu überlegen nötig haben, ob er Kopf und Ehre einsetzen müsse, um diese Reichstagsmajorität zu bekämpfen, eine so zahme Majorität, die bewilligt, was irgend im Interesse des Vaterlandes erforderlich ist? Ich frage den Kriegsminister: ist ihm nicht gegeben, was er braucht? Werden nicht Hunderte von Millionen jährlich bereitwillig gewährt? (Hurra rechts.) Sie (nach rechts) haben doch auch Gefühl, wie man mit Menschen und Parteien umgeht, und können wohl bedenklich werden! (Sehr wahr! links.) In dieser Beziehung sind wir Leidensgefährten, und Sie sollten menschliches Können zeigen! (Weiter.) Der Reichskanzler spricht von Obstruktionspolitik auf finanziellem Gebiet. Das hat der Abg. Windthorst verdient. 130 Millionen haben wir 1879, 50 Millionen haben wir 1884 bewilligt. Ist der Reichskanzler zufrieden? Er braucht ein Parlament, mit dem er weiter „Geschäfte“ machen kann; er will 300 Millionen aus dem Branntweinmonopol. Wird dies abgelehnt, so will er dem Reichstag seine Gegenwart mehr vorenthalten. Er wird ja wissen, ob er damit die Wege weiter wandelt, die er 1870 unter dem Jubel aller Deutschen einschlug. Das aber bedenken Sie: billig wird es nicht, wenn Sie jetzt öfter die Ehre haben, den Reichskanzler hier zu sehen. (Weiter.) Ueber 100 Millionen hat er gefordert schon in der Vermögenssteuer verlangt; wir wollen sehen, ob Sie diese „nationale“ Politik ohne weiteres mitmachen werden. Rügen Sie über den Reichstag sagen, was Sie wollen, so lange er das durch allgemeine direkte Wahl ihm übertragene Mandat inne hat, so lange wird er auch dafür sorgen, daß die Vertretungen der Partikularstaaten, sobald sie über ihre Schranken hinausgehen, zurückgewiesen werden. Es wird nicht gelingen, den Reichstag in seinem Ansehen vor dem Volk herabzusetzen. Er wird diejenige Stellung aufrecht zu erhalten wissen, die ihm von Gott und Rechtswegen gebührt. (Vehementer wiederholter Beifall links; Unruhe rechts.)

Vizepräsident des Staatsministeriums, Minister des Innern v. Puttkamer: Meine Herren, wenn ich mir zunächst den letzten Teil der Ausführungen des Herrn Vortredners vergegenwärtige, so überkommt mich das Gefühl: wo sind die schönen Zeiten geblieben, als die — wie ich anerkenne — glänzende Beredsamkeit desselben sich in Bahnen bewegte, die der königlichen Staatsregierung wenigstens im Großen und Ganzen freundlich und nicht unsympathisch waren? Ich erinnere mich noch lebhaft seiner glänzenden Improvisation gegen seinen jetzigen Parteichef im Reichstage (Abg. Richter: Wir haben keinen Parteichef!); ich habe ihm damals meine Bewunderung dafür auszusprechen Gelegenheit gehabt, wo er so erfolgreich die Angriffe des Herrn Abg. Richter gegen die Wehrkraft des Deutschen Reiches zurückwies. (Bravo! rechts.) Das ist nun Alles anders geworden. Seit einer Reihe von Jahren, seitdem die Politik des Herrn Reichskanzlers, wie allgemein oder doch von der großen Mehrheit des Volkes anerkannt wird, aus guten Gründen auf vielen Gebieten andere Wege eingeschlagen hat, als der Herr Abg. Richter es für nützlich hält, seit jener Zeit hält der Herr Vortredner es leider für nötig, seine glänzende Beredsamkeit dagegen zu lehren, und ich muß sagen, daß auf mich seine politische Entwicklung in den letzten Jahren den Eindruck macht, als ob er sich auf einer schiefen Ebene befindet, und daß er in bedenklicher Weise immer mehr herabgleitet. (Sehr richtig! rechts; Widerspruch links.) Nun, meine Herren hat der Herr Abgeordnete mich angegriffen, daß ich gestern bruchstückweise und gewissermaßen ironisch einzelne Fälle, die zu besonderen Härten bei den Ausweisungen haben Veranlassung geben sollen, zur Anregung der Heiterkeit gemischt habe, und er hat mich provoziert, um auch noch dasjenige zu beantworten, was der Herr Abg. Müller im Reichstage hierüber gesagt hat und was er seinerseits der Regierung vorwirft. Ja, meine Herren, wenn Sie mich durchaus zwingen, auf alle diese Gegenstände hier einzugehen, — ich bin vollständig in der Lage dazu — dann muß ich von vornherein sagen, der Herr Abgeordnete Richter thut einer großen Anzahl von Leuten, um die es sich handelt, gar keinen Gefallen damit, aber er scheint es zu wünschen, ich will ihm zu Willen sein. Also mit großer Emphase wurde darauf hingewiesen, daß ein Student Namens Manassewicz — der Mann ist übrigens zu recht hohen Semestern gekommen; denn wenn er 1870 freiwilliger Krankenträger gewesen ist... (große Heiterkeit.) Dieser Fall ist mir vollständig bekannt, und ich bin nun genötigt, die Charakteristik dieses Mannes vorzulesen, und dann werden Sie sich selbst ein Urteil darüber bilden können, ob auf das Verbleiben desselben im preussischen Staat ein so großer Werth zu legen ist. Also der mir vorliegende amtliche Bericht sagt: dieser Mann — ich will den Namen nicht wiederholen — war ein verkommenes Subjekt, welcher in dem Verdachte stand, mit den Nihilisten in Verbindung zu stehen. (Hört! hört! rechts.) Er sollte schon vor mehreren Jahren, als er noch im Regierungsbesitz Gumbinnen war, ausgewiesen werden. Zur Krankenpflege ging er allerdings im Jahre 1871 mit, weil er keine Beschäftigung hatte (Weiterkeit); die Medicaille hat er natürlich wie jeder andere Krankenträger bekommen. Wie er diesen Dienst geleistet hat, ist nicht bekannt. Wenn man überhaupt die Anwesenheit fremder Polen bei uns für schädlich hält, dann glaube ich, ist hier ein experimentum in anima vill vollständig bewiesen, und ich kann nicht einsehen, warum dieser Fall eine besondere Berücksichtigung verdient. Der Herr Minister fährt nun noch verschiedene Fälle an und bemerkt dann: Sie handeln nicht richtig, wenn Sie mich über auf einzelne Fälle von Härten zu engagieren suchen. Ich bin und fühle mich verantwortlich und übernehme die Verantwortlichkeit dafür, daß ich mich engagiert habe für das Prinzip, und daß ich bei Ausführung des Prinzips durch generelle Maßregeln möglichst die Härten und Schwächen zu nehmen bemüht bin, und wenn der Herr Abg. Richter mir eine Resolution des landwirthschaftlichen Vereins im Strazburger Kreise vorführt, bei welcher der dringende Wunsch ausgesprochen ist, man solle mit den Ausweisungen der ländlichen Arbeiter und kleinen Bäcker nicht so hart und hart vorgehen, so ist dieser Wunsch vollkommen erfüllt. Es ist nicht richtig, daß die Ausweisungsmassregel überstürzt und übereilt ausgeführt wird, sondern ich habe in der Verfügung, die der Herr Abg. v. Jazdzewski allerdings mit irrtümlicher Inhabungsgabe gestern mirte, — und ich habe das ausdrücklich noch ausgesprochen — mit allem Nachdruck betont: die Herren Oberpräsidenten hätten vollkommen die Lattübe, in allen dringenden und Nothfällen Fristen zur Abwidlung der Verhältnisse zu gewähren. Also, meine Herren, das, was auf dem prinzipiellen Gebiete der Maßregel überhaupt geschieden konnte, ist geschieden. Freilich, wenn der Herr Abg. Richter immer wieder darauf zurückkommt, wir dürfen nicht zu dieser, auch völkerrechtlich begründeten Maßregel der Massenausweisungen schreiben, dann kann ich natürlich mit ihm nicht weiter diskutieren; aber das schien doch in seinen Wünschen zu liegen, daß ich nunmehr, nachdem das Prinzip von uns angenommen ist und auch, wie der Herr Reichskanzler mit vollem Einverständnis des Staatsministeriums erklärt hat, weiter durchgeführt werden wird, ich mich bemühe, diejenigen Moderamina und Modifikationen anzubringen, welche mit dem Staatsinteresse überhaupt verträglich sind. Das werde ich fortgesetzt zu thun bemüht sein. Es ist auch kein Grund anzunehmen, daß mir das nicht gelingen sollte, aber ein weiteres kann ich dem Herrn Abgeordneten Richter allerdings nicht in Aussicht stellen. (Bravo! rechts.)

Abg. Jazdzewski (nat. lib.): Die Erregung Richters gegen die gute Sache, die wir hier vertreten (Kam links), erklärt sich leicht aus seiner Bitterkeit über die Angriffe des Reichskanzlers gegen die Haltung der deutschen Fortschrittspartei in der Polen-debatte von 1883. Mühte es aber nicht auch dem Reichskanzler schmerzhaft sein, jetzt nach 23 Jahren nach dem beispiellosen

geschichtlichen Aufschwunge Preußens und Deutschlands, in einer dem Kernpunkt nach gleichen Angelegenheit so entschiedenen Widerspruch an anderer Stelle zu erfahren? Unsere Partei gebietet in dieser Frage nicht zu denen, die halb heiß, halb kalt sind, wir sind im Wesentlichen nur heiß (Schäfer links und Zentrum), und wir haben nicht bloß das Land, sondern Europa hinter uns (Vachen im Zentrum und links.) Die Absicht des Staatsreichs ist dem Kanzler ohne Grund untergeschoben worden, er hat seiner ersten gewaltigen Rede ausdrücklich die Worte zugefügt: „soweit es Gesetz und Verfassung erlauben“ (Zustimmung bei den Nationalliberalen). Auf die Monopolfrage gehe ich nicht ein, ich pflege nicht über Dinge zu reden, die noch gar nicht fertig sind (Vachen links, Abg. Richter ruft: Sie wagen nicht hinter dem Busch hervorzukommen!). Die sehr ins Einzelne gehenden Darlegungen des Redner werden von dem Hause mit steigender Unruhe und Unaufmerksamkeit entgegengenommen. Der Antrag bedeutet keineswegs einen Schlag gegen den Reichstag, man habe ja innerhalb gewisser Schranken die Kompetenz des Reichstags anerkannt. Auch gerathe man mit dem Reichstage gar nicht in Widerspruch, denn das dort nach dem Ausspruch Windthorsts gefällte Kontumazialurtheil sei ja gar nicht mehr vorhanden. Die vorgekommenen Härten seien ungeheuer aufgehoben, in Polen habe gar keine besondere Auzerung geübt, die „Posener Zeitung“ ihre Haltung bereits geändert; Herr Büchtemann habe keineswegs unbedingte Zustimmung zu seinem Posener Vortrage über die Ausweisungen gefunden, und erst kürzlich sei der freiconservative Landrath Müller mit Unterstützung polnischer Stadtverordneten zum Oberbürgermeister der Stadt gewählt worden. Redner schließt, nachdem er noch die Idee der Begründung einer Universität Bromberg erwähnt: Auf das Positive gehe ich nicht weiter ein (stürmischer Beifall und Heiterkeit), ich könnte noch Stunden lang sprechen. (Allgemeine andauernde Unruhe und Zwischenrufe.) Wir sagen Summa omnia auch für die Staatsbürger polnischer Junge, der preussischen Regierung aber rufen wir zu: Sincere et constanter! (Vehementer Beifall.)

Reichsminister Bronsart von Schellendorf: Meine Herren, der Herr Abg. Richter hat in seiner heutigen Rede zweimal mich provoziert durch Äußerungen, auf die zu erwidern ich mich für verpflichtet halte. Einmal hat der Herr Abgeordnete gesagt, es wäre doch wunderbar, daß in dem Moment, in dem die preussische Regierung mit Maßregeln zur Abwehr des Polonismus vorgehe, gleichzeitig in Aussicht genommen werde die Verlegung des Kadettenhauses in Kulm nach einer Stadt Pommerns. Ueber diese Frage ist eine Entscheidung noch nicht getroffen. Ich möchte aber doch darüber keinen Zweifel lassen, daß meiner Meinung nach die Frage, ob das Kadettenhaus in Kulm verbleibt oder nicht, von sehr geringem, viellecht gar keinem Einfluß auf die Frage ist, um die sich hier handelt. Der Herr Abgeordnete hat mich hingewiesen darauf, daß Friedrich der Große dieses Kadettenhaus dort errichtet habe. Das ist ganz richtig; Friedrich der Große ging dabei von sehr bestimmten Absichten aus, die sich auch zu seiner Zeit und unmittelbar nach seiner Regierung vollständig erfüllt haben. Es war die Absicht des Königs, durch ein derartiges Militärschulhaus dem Adel der polnischen, neu erworbenen Landestheile zum Dienst im preussischen Heere zu veranlassen und so überhaupt eine Konsolidierung und baldige Assimilierung der neuen Provinzen mit den alten herbeizuführen. Das ist ihm auch zuerst ganz gut gelungen: von 1785 bis 1794 waren 97 Knaben aus polnischen katholischen Familien in dem Kadettenkorps von 1795 bis 1804 93, von 1815 bis 1824 nur noch 20, von 1825 bis 1834 nur noch 16; von da fällt die Zahl sehr schnell und seit einer langen Reihe von Jahren befindet sich aus den polnischen katholischen Familien des Großherzogthums Posen kein einziger Knabe mehr in dem Institut. Der katholische Adel Oberschlesiens dient weiter in der Armee. Nun, meine Herren, komme ich auf einen anderen Punkt. Das sind die Bemerkungen, die der Herr Abgeordnete in den mehr scherzhaften Theil seiner Rede einfließt bei Gelegenheit der Kritik der Beziehungen des Herrn Reichskanzlers zu den parlamentarischen Köperschaften. Er sagte, sowohl der Herr Chef der Admiralität als ich, wir würden wohl gefunden haben, daß es gar nicht so schlimm wäre, sich mit den Herren zu verständigen, das hätte sich bei den verschiedenen Staatsberatungen u. s. w. immer mit der höchsten Gemüthslichkeit gemacht. Meine Herren, so ganz kann ich das doch nicht zugeben. (Weiterkeit.) Ich habe aus meinen Unterhaltungen mit den Herren, namentlich in den Kommissionen, wo ja die Leidenschaft keine Rolle spielen, allerdings persönlich die angenehmsten Erinnerungen, es ist da immer wirklich, wenn ich mich des Ausdrucks bedienen darf, ganz gemüthlich hergegangen, aber wenn es zum Abstimmen kam, dann hörte die Gemüthslichkeit auf (Weiterkeit), wie dies leicht eintritt, wenn es sich um Geldsachen handelt, das ist ja eine bekannte Sache, und da muß ich sagen, daß gerade in diesem Jahre — es gehört ja eigentlich nicht hierher, ich bitte, das zu entschuldigen, weil der Abg. Richter diese Frage angeschnitten hat — daß ich in diesem Jahre doch im höchsten Maße unbefriedigt bin durch das, was dort Alles abgesetzt ist, und mich in sehr ernsthafter Weise die Frage vorgelegt habe, ob es mir überhaupt möglich ist, mit den dort bewilligten Mitteln die Militärverwaltung, namentlich soweit dieselbe in Frage kommt, weiterzuführen. (Hört! hört! rechts.) Jetzt komme ich aber auf den Hauptpunkt, daß hier die Behauptung aufgestellt worden ist, unsere katholischen Offiziere würden in den Avancementsverhältnissen schlechter behandelt, als die evangelischen Offiziere. Meine Herren, das ist absolut unrichtig. Auf Grund meiner besonderen Kenntnis dieser Verhältnisse — und der Herr Abg. Dr. Windthorst, der gemäß in vielen Dingen mehr weiß als ich, wird mir zugeben müssen, daß ich diese Sachen doch wohl besser kenne als er — wenn er nun bei mir die gleiche Aufrichtigkeit voraussetzt, wie sie ihm eigen ist (Weiterkeit) — ich spreche im Ernst — wenn er bei mir die gleiche Aufrichtigkeit voraussetzt, so kann ich ihm auf der breiten und sicheren Grundlage meines guten Gewissens und meines Pflicht- und Ehrgefühls versichern, daß diese Anschuldigung, die hier ausgesprochen worden ist, eine vollständig unbegründete ist. (Vehementer Beifall rechts.) Meine Herren, es sind in früherer Zeit der Armeeverwaltung mehrfach auch andere Punkte entgegengehalten worden, so das Verhältniß der Bürgerlichen und Adligen. Ich habe die Ehre gehabt, einmal dem Abg. Richter gegenüber, ich glaube im Reichstage, mich darüber auszusprechen, jetzt mit dem Abg. Dr. Windthorst über den Unterschied zwischen katholisch und evangelisch. Meine Herren, ich werde mich nicht wieder mit dem Abg. Windthorst darüber aussprechen, es muß genügen, meine Herren, wenn ich als preussischer Kriegsminister hier einmal auf Ehre und Pflicht eine Erklärung abgebe. (Vehementer Bravo.) Ich könnte mich über diese Frage nur noch einmal mit ihm unterhalten, das würde nämlich dann sein, wenn über den Gesichtspunkt, daß in der Armee nach anderen Rücksichten als nach den rein sachlichen in Beziehung auf die Avancements der höheren Offiziere verfahren würde, zwischen den Herrn Abg. Windthorst und dem Herrn Abg. Richter vollständiges Einverständnis nicht erzielt worden wäre. Das entnehme ich jetzt schon, beide Herren werden darin einig sein von ihrem Standpunkt aus, daß der oblige evangelische Offizier die besten Chancen bei uns hat, daß der unadlige katholische Offizier die geringsten Chancen hat. Aber ich möchte die Herren bitten, sich darüber noch auseinander zu legen, wer nun eine bessere Chance hat, der katholische Adlige oder der bürgerliche Evangelische. (Große Heiterkeit.) Ich würde bitten, auch diese Frage zu verfolgen und zu einem vollständigen Abschluß in derselben zu kommen. Wenn die beiden Herren darüber zum Einverständnis gelangt sein werden, bin ich bereit, mich mit Ihnen noch einmal darüber zu unterhalten. (Wiederholtes lebhaftes Bravo!)

Abg. v. Jazdzewski: Man mag es mit allen Mitteln versuchen, die Theilung Polens durch die damaligen Verhältnisse zu entschuldigen, sie war und bleibt ein Verbrechen. Wenn wir damit auch ausgehört haben, eine Nation zu sein, so sind wir doch eine Nationalität geblieben. Der vom Herrn Vortredner gemachte Versuch, nachzuweisen, daß die Theilung den Polen keine Rechtsansprüche gewähre, verhöht jede gesunde Rechtsanschauung. Was gilt denn noch, wenn dieses nichts werth ist. Wir sind loyaler als der Kaiserpräsident von Preußen, der ohne Widerspruch die Rechte von einem königlichen Versprechen durfte, die Berufung auf dasselbe sei keinen Wert. Aber gut! Wir wollen uns nicht darauf berufen; worauf wir vor Allem unsere Ansprüche geltend machen ist göttliches und Naturrecht. — Unsere Nationalität ist Sie und nicht ansehten. Die Hauptsache bleibt in dieser die Ausweisungsmassregel. Mit drohender Polonisation man Sie nicht rechtfertigen, denn von 1850 bis 1870 hat deutsche Element erheblich im Osten zugenommen. Seit 1870 hat Herr v. Puttkamer eine erhebliche Vertheilung festgestellt haben. Allerdings haben, verlorst durch Gründerjahre, nach 1871 innerhalb 10 Jahren über 130 Menschen den Osten verlassen, um sich den Industriezentren zuzuwenden. Können denn aber die Polen dafür? Soll es für die Polen büssen? Ich halte es für einen höchst politischen Schritt, gerade jetzt mit den in Aussicht gestellten Vorlagen zu kommen, und darum auch für unklug, wenn auf der rechten, die Regierung ermuntern und unterstützen. Was den Herrn Minister des Innern betrifft, so gebe ich zu, daß er Härten nicht hat angewendet wissen wollen, sie sind eben doch vorgekommen; natürlich mußten sie auch in Ausnahmefällen deunruhigend wirken. Einzelne Fälle hat der Minister widerlegt, die schlimmsten aber haben von Seite keinen Widerspruch erfahren. Daß gegen besonders human vorgegangen sei, kann ich nicht geben; ich weiß entgegengesetzte Thatsachen. Ich führt einige derartige Fälle, darunter den der Tomaczek aus Kempten an.) Solche Maßregeln müssen tiefste Erschütterung der Gemüther hervorzurufen. Wir uns ja über die Sache noch weiter zu unterhalten, deshalb stehe ich auch heute von weiteren Widerlegungen (Beifall.)

Minister v. Puttkamer: Einige Worte zur Beleuchtung der vom Herrn Vortredner angeführten Thatsachen. Ich halte hiermit ausdrücklich aufrecht, gestern gegebene Erklärung zu einzelnen Ausweisungen buchstäblich auf Wahrheit beruht. Was die aus dem Wöchnerin betrifft, so wiederhole ich, die Frau hat nach überstandener Wochenbett gesund gemeldet und willig über die Grenze gegangen. (Hört, hört! rechts.) Dann das Kind Marianne Tomaczek betrifft, so bedauere ich, daß es sich hier um einen einfachen reinen Fall der Pflege handelt und daß die Maßregel auch ohne die Ausweisungen erfolgt sein würde. Die Quelle der Jazdzewski ist trübe, und ich muß dem Herrn Vortredner ausdrücklich öffentlich einen Vorwurf machen, ist mit den Thatsachen überaus leicht vorgegangen. (Hört! rechts.) Er hat auch eine Empfindung darüber gehabt, er ist dem Herrn Landrath gegenüber, der ihm einen Vorwurf machte, daß er ein Protokoll Prüfung der Thatsachen ausgenommen, die Verfertigung gegangen, seinerseits eine unumwundene Berichtigung in Beziehung, dem „Kurjer woznamski“ zu veröffentlichen. (Hört! rechts.) Dieser Verpflichtung ist er nicht nachgekommen, sondern es ist eine von den Thatsachen abweichende Erklärung erfolgt, welcher nun der Herr Landrath öffentlich entgegen freten muß. Ich denke, die Herren werden in den nächsten Tagen darüber Nachrichten erhalten. Diesen Thatsachen spricht auch der mir zugegangene Bericht. (Der Minister liest Theile desselben, welche die gemachten Angaben betreffen.) Ich habe erklärt, die Verfügung vom 26. Juli v. J. des Oberpräsidenten enthält kein Wort davon, daß die Ausweisungen anders als im nationalen Sinn gelandhaft werden. Nun sagte der Abgeordnete, es seien Kommissionen von dem Vortredner und dem Herrn Vortredner beauftragt worden. Wie ist das möglich, so leichtlich so schwere Sachen zu beauftragen? Ich weiß nicht, was der Herr Oberpräsident von dem Vortredner verfügt hat; ich werde ihn bitten, es mir mitzutheilen. Seine Verfügung von der meinigen abzuweichen, was ich nicht nehme, so würde ich den Oberpräsidenten bitten müssen, mitzutheilen, und würde ihm zu erkennen geben, daß eine Abweichung von meinen Direktiven nicht anständig ist. Es war sehr wichtig und dem Ernste der Verhandlungen nicht angemessen, wenn Herr v. Jazdzewski im Reichstage ohne Angabe der Basis, ohne Spur eines Beweises von einer Verfügung des Ministers des Innern sprach, welche den Herren zu dem Kram gepakt hätte, denn sie hätte den Nachweis der Seligkeit gegen die katholische Kirche ermöglicht. Ich habe gesagt, begierig, die Verfügung zu sehen; jedenfalls wesentlich anders lauten, als Herr v. Jazdzewski behaupten hat. (Beifall rechts.)

Abg. v. Hammerstein: Ich habe den Antrag unterschrieben, werde aber für ihn stimmen. In dem und im Hause herrsche die Meinung, daß ich und die Minorität anschliefen würden. Nichts lag mir fern, den Antrag war mir zu eng gefaßt. Wir wollten den Reichs-tag, in die Verwaltung Preußens einzugreifen, nicht zurückweisen. Ich lege ab auf dem Reichstage keinen Zweifel zu lassen, daß ich in dieser Frage die preussische Staat die Nationalität zu schützen, gegen die gegenüber der ihre geleiteten Meinung des Reichstages Seite der Staatsregierung stehe. (Beifall rechts.)

Minister v. Puttkamer: Ich habe heute noch die Eignung an den Oberpräsidenten v. Ernsthausen telegraphirt, um Auskunft über das von Herrn v. Jazdzewski angelegene Reklamt zu erhalten. Nach seinen Aussagen sollten Russen, welche deutsch, protestantisch oder katholisch sind, verschont werden. Das soeben vom Oberpräsidenten gegangene Antworttelegramm bemerkt, daß die Verhältnisse des Herrn v. Jazdzewski im Reichstage unrichtig seien, und Erläuterungen zu dem Reklamt des Ministers sei nicht polnischer Unterthanen nicht; die Verfügung enthält nichts, was sich auf die Konfession bezieht. (Beifall rechts.)

Darauf schließt die Debatte.

Personlich führt Abg. Wehr gegen Richter aus, er in Bezug auf den Handel Danzig richtig referirt habe. Abg. Windthorst konstatirt, daß nach allen Erfahrungen katholischer Offiziere, die ihm zu Ohren gekommen, Kulturkampf nicht in die Arme eingedrungen sei. Doch immer noch die Thatsache der Absehung des Kommandanten, und die drei katholischen Generale, auf die der Minister sich berufen, machten den Wunsch nach einer Einstufung der Avancementsverhältnisse nach Konfessionen überflüssig.

Als Antragsteller für den Antrag Schenck spricht der Abg. v. Benda das Schlusswort genommen. Der wichtigste Vorwurf gegen den Antrag sei, daß die Demonstration gegen den Beschluß des Reichstages die Widerlegung dieses Vorwurfs werde erleichtert werden. Der letzte Redner, den gerade der Mangel einer Spitze Reichstag von der Unterzeichnung des Antrages abgehalten. Mit der Annahme des Antrages binde sich die nationale Partei keineswegs die Hände für die zu erwartenden Verhandlungen. (Beifall rechts.)

Die Abgg. Windthorst und Hänel wünschen

Kantonsratler der Präsidien anträge seien Abg. v. Jazdzewski in sich in m i m t i l i g i l i g i t w e r d e n K o m m i s s i o n e n e i n e n B e r i c h t u n t e r l a s s e n s i c h a n t r a g e i c h, u b e r w e i s e n. Abg. v. Jazdzewski nur von der Abg. v. Jazdzewski nung nicht ob drücklich ein bestimmt sei. Abg. Jazdzewski bracht worden eier einen ist zum Schut im Interesse werden. Abg. v. Jazdzewski führung v. Jazdzewski frage, ob die überweisen se Abg. Jazdzewski es sich im S der eine G Abg. Jazdzewski soeilt das J schäftsbordnur unabhängige Abg. Jazdzewski leit zur Ver stigung der im Zentrum. Abg. Jazdzewski einer langen Rede wie der müssen. Abg. Jazdzewski Präsident schäftsbord durch Gedöbn laut der B nicht aus an ist es seit fo chen zweifelb Abg. Jazdzewski nicht zweifelb Gut und selb „Bauart“ ist den Schuß wahren, wenn hinwegsetzt? Abg. Jazdzewski Frage, ob de Beratung u Kommission z müsse in die Abg. Jazdzewski mit Sicherb anders als den. (Groß Erinnerung d reudungen v beutung lang werden.) Abg. Jazdzewski von dem An Abg. Jazdzewski und dem G Abg. Jazdzewski sein Recht m könne aber n sondern anto Präsidenten § 27, wie so gewählt sei. Abg. Jazdzewski § 27 f. J. v. Jazdzewski vorw auf Anträgen Präsidenten grünen Proj führung des dem Auf judizialantra miffischen an überweisen w fungen, de v. Jazdzewski liberalen Abg. In n a Richter-Schö an die Bud gegen 153 S Hierauf und ich find der Majorität weil § 27 de für werden theiligen. (W Desgleich wenig in der Desgleich daß, nachdem wie nicht mel beistelligen. Darauf nischen und d servation. A ich allein ein mig die mo Zentrum, for den Antrag f wie sie das schlossen kath hat sich der beiden beim Zimmle (Be dem Aufruf Schluß (Verordnung ministeriums, der direkten Verein he. * Gehillen Be „Buggenbe mann halt.

